iNSIDER

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen

NR. 04

Winter 2023

34. Jahrgang

Provokante Sprüche zur Gleichstellung von Fl.at.F

„Weil wir es wert sind – A13 jetzt!“

Fachlehrkräfte sind keine Flachlehrkräfte!

Fachwissen: Exzellent – Bezahlung: Defizient. Zeit für A13!

Lehren mit Leidenschaft, leben am Limit – A13 ändert das!

Fachkompetenz hat ihren Preis – Zeit ihn zu bezahlen!

Bezahlung nach Qualifikation, nicht nach Tradition – A13 für alle Lehrer!

„Haben Sie schon oder warten Sie noch? – A13 für Fachlehrer:innen!“

Unterrichten wie ein Profi, bezahlt wie ein Praktikant?! Zeit für A13!

Die neue Relativitätsformel: -1 + A 13

„Just Do It – gleiche Stundentafel und A13 für Fl. at. F.!“

Bildung braucht Fachkompetenz, wir brauchen A13 und gleiche Stundentafel

„„Es gibt viel zu tun, packen wir's an – mit A13!“

Provokante Sprüche zur Gleichstellung von Fl.at.F

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Nachdem das nun nicht gerade erfreuliche Jahr 2023 (Ukrainekrieg, Gazakrieg, Trippelschritte zur Klimakrise, Zunahme rechter und rechtsextremer Formen, Haushaltskrise etc.) vorüber ist, können wir dennoch nicht gerade hoffnungsvoll und optimistisch in das Jahr 2024 gehen. Denn: die nur stichwortartig benannten Probleme und Krisen werden mit Sicherheit auch 2024 fortbestehen und dazu droht in den USA noch ein demokratieverachtender Trump als Präsident.

Vielleicht gibt es ja in Hessen Hoffnung. Da widmet die erstmalige Koalition CDU-SPD der Bildung unter der Überschrift „Aus Überzeugung für beste Bildung“ in ihrem Koalitionsvertrag immerhin 26 Seiten. In der kommenden HLZ wird dies ausführlich beleuchtet und kommentiert. Wir beschränken uns auf den S. 8/9 und 12 auf das Besondere aus Sicht der BBS. Festzuhalten ist daneben aber auch, dass beide Parteien im Vorfeld der Wahlen zugesagt hatten, für die Fachlehrenden a.t. Fächer hinsichtlich Arbeitszeit und Besoldung etwas zu tun. Im Koalitionsvertrag findet sich hierzu nullkommanull. Um in dieser seit Jahrzehnten bestehenden Ungleichbehandlung dennoch voran zu kommen, darf ich Euch auf unsere landesweite Fachtagung „Kompetenzen der Fachlehrkräfte anerkennen und dienstliche Benachteiligungen beseitigen“ am 14. Februar 2024 in Frankfurt hinweisen. Dort soll es neben der Reflexion der IST-Situation v.a. darum gehen, Aktivitäten und Aktionen zu entwickeln.

Ob mit der geplanten Umwandlung des Titels „Kultusministerium“ in „Ministerium für Bildung und Chancen“ ein qualitativer Fortschritt zu zukunftsfähiger, demokratischer und chancengerechter Bildung einhergeht, möchte ich bezweifeln, zumal das Ministerium unter gleicher parteipolitischer Zuständigkeit bleibt. Vielleicht (hoffentlich) habe ich aber unrecht, dann werde ich in etwa zwei Jahren an dieser Stelle Abbitte leisten, versprochen.

Trotz alledem: die Hoffnung und auch der Optimismus sterben zuletzt. So werden wir in der GEW und der Fachgruppe Berufsbildende Schulen auch im kommenden Jahr für bessere Bildung und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, darauf könnt Ihr Euch verlassen. Dazu brauchen wir aber auch Eure Unterstützung in den Schulen und den Personalräten.

An dieser Stelle möchte ich unserem Lay Outer Matthias Hohmann besonders danken, der vier Mal im Jahr, ehrenamtlich und kompetent, zusammen mit mir den insider gestaltet, der bundesweit hohe Beachtung findet, herzlichen Dank Matthias! *(Für dich das größere Lob für die viele und tolle Recherche. Der Sätzer)*

Euch allen wünsche ich ein erfolgreiches und erfüllendes pädagogisches Wirken bei bester Gesundheit und großer Zuversicht!

Inhaltsverzeichnis

Übergang im Stimmungsbild junger Menschen 3

NEWS 4

ERASMUS+-Projekt Smart Grid 6

Hess. Koalitionsvertrag BB 8

HPRS 10

Anfrage zu BÜA 12

PISA-Ergebnisse BRD 13

Schulseelsorge Klinger-Schule 14

Neue Publikationen 16

DGB-Ausbildungsreport 17

Hype um Digitalisierung 18

KI in der Bildung 21

GEW - Demokratien schützen 22

Demokratiebildung in der Schule 23

Wer gibt den BBS den Namen? 24

Probleme beim Dualen Studium 26

Fakten zum Dualen Studium 27

Ausbildungsmarkt 28

Ausbildungsabbrüche 29

Ausbildung zur Energiewende 30

Veranstaltungen 32

OPTIMISTISCH ABER SYSTEMKRITISCH

Der Übergang von der Schule in den Beruf im Stimmungsbild junger Menschen

Zur Einordnung

Der Übergang von der Schule in den Beruf markiert eine wichtige Wegmarke in der Bildungsbiografie und im Leben junger Menschen. Nicht zuletzt durch den zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangel ist er in den vergangenen Jahren verstärkt in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt.

Denn nicht allen Jugendlichen gelingt es, nach Ende ihrer Schulzeit eine Ausbildung oder ein Studium erfolgreich zu absolvieren. So war 2021 mehr als jede:r Dritte der 20- bis 34-Jährigen mit Hauptschulabschluss ohne eine berufliche Qualifikation. Bei denjenigen ohne Schulabschluss waren es fast 75 Prozent. Ein Scheitern am Übergang von der Schule in den Beruf kann zum Teil dramatische Konsequenzen für die:den Einzelne:n haben. Bei einem fehlenden Berufsabschluss etwa ist das Risiko, im Laufe des Lebens arbeitslos zu werden, sechsmal so hoch. Hinzu kommen ökonomische und gesellschaftliche Folgekosten.

Bildungserfolg und Herkunft sind in Deutschland eng miteinander verknüpft. Dies führt auch am Übergang in den Beruf zu einem Gerechtigkeitsproblem: Die Ausbildungs- und Zukunftschancen junger Menschen in unserem Land sind unfair verteilt.

Wie schauen Jugendliche und junge Erwachsene auf ihre berufliche Zukunft und den Übergang von der Schule in den Beruf? Was halten sie für wichtig? Wie gut fühlen sie sich durch die Schule vorbereitet? Und wie nehmen sie die Verteilung von Bildungschancen wahr?

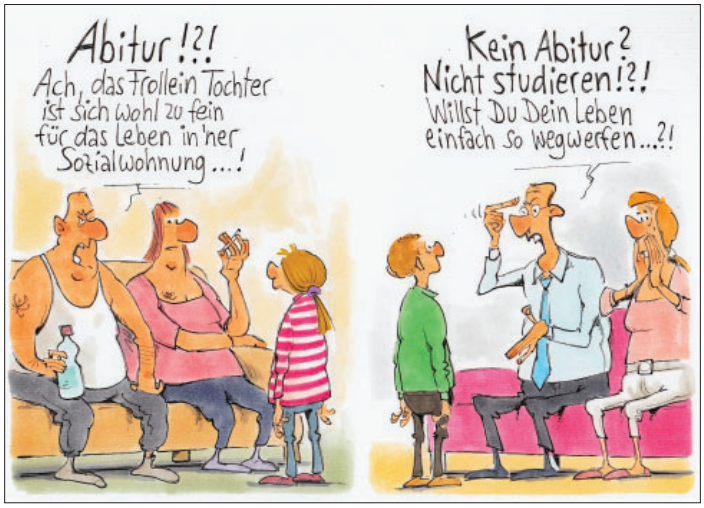
Diese Fragen standen im Fokus einer repräsentativen Befragung von 1.075 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Sie wurde von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Bertelsmann Stiftung anlässlich des Tags der Bildung 2023 in Auftrag gegeben und vom 16. August bis 15. September von forsa durchgeführt.

Unser Anliegen ist es, die Perspektiven junger Menschen auf das Bildungssystem und insbesondere den Übergang von der Schule in den Beruf sichtbar zu machen. Denn ohne sie und ihre Erfahrungen einzubeziehen, werden wir keine guten und wirksamen Lösungen finden, um das Versprechen auf Bildungsgerechtigkeit einzulösen. Vor diesem Hintergrund ist die Befragung nur ein erster Schritt. Weitere werden folgen.

Kernergebnisse

- Die große Mehrheit der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen blickt grundsätzlich positiv (34%) oder eher positiv (54 %) in ihre berufliche Zukunft.
- Für die Hälfte der Befragten (50 %) wird die Bedeutung einer abgeschlossenen Ausbildung bzw. eines abgeschlossenen Studiums für die berufliche Zukunft in den kommenden zehn Jahren eher wichtiger. Für 29 % bleibt sie unverändert und für 16 % wird sie eher unwichtiger.
- Zwei Drittel (67 %) sind der Meinung, dass es der Schule weniger gut (56 %) oder gar nicht (11 %) gelingt, die für eine berufliche Zukunft relevanten Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln.
- Nahezu alle Befragten denken, dass Selbstorganisation (98 %), Höflichkeit und Toleranz gegenüber anderen Menschen (97 %) und Kenntnisse der deutschen Sprache (92 %) für ihre berufliche Zukunft (sehr) wichtig sein werden.
- Wie im Vorjahr ist nur knapp ein Drittel (32 %) der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Ansicht, dass alle Kinder in Deutschland im Großen und Ganzen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Die Mehrheit (57 %) bezweifelt zudem, dass dies in zehn Jahren der Fall sein wird.

www.tag-der-bildung.de/jugendbefragung-2023



news

Vorbemerkung

Die Zusammenstellung unter News ist einerseits gedacht zur Information der Lesenden. Teile davon sind jedoch auch als Anregung und Aufforderung gedacht, die dahinter liegenden Vorgänge und Fakten im Unterricht im Sinne forschenden Lernens zu beleuchten (DS).

Digitalisierte Arbeitswelt stellt neue Anforderungen

Klassische Berufsbilder rücken durch den digitalen Wandel laut Expertinnen und Experten eher in den Hintergrund. So berichtet beispielsweise die BWL-Professorin Yasmin Weiß im didacta-Bildungspodcast: „Wir werden in Zukunft Stellenbeschreibungen sehen, die gar keine konkrete Tätigkeit mehr beschreiben. Letztendlich suchen wir alle Menschen, die anpassungsfähig sind, die Problemlöser sind." Auf dem Arbeitsmarkt 4.0 sind laut Weiß, die über Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf den Arbeitsmarkt forscht, sieben Meta-Kompetenzen relevant, die sie auch in ihrem Buch „Weltbeste Bildung" beschreibt: Lernkompetenz, kritisches Denken, Problemlösungskompetenz, Kreativität, Resilienz, Selbstkompetenz und Sozialkompetenz.

KI hilft bei Hausarbeiten

Rund ein Jahr nach Beginn des Hypes um ChatGPT sind Werkzeuge wie dieses einer Umfrage zufolge im Bildungsalltag vieler junger Menschen angekommen. 68 Prozent der Schüler, Azubis und Studenten haben demnach ChatGPT oder ähnliche auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierende Tools bereits bewusst für Hausaufgaben oder Studienarbeiten eingesetzt, wie eine YouGov-Befragung im Auftrag des Mobilfunkanbieters „congstar" und des Unternehmens „share" ergab. ***DE 07.11.2023***

Dossier Künstliche Intelligenz (KI) in der Sozialen Arbeit

Wo liegen die Chancen von Künstlicher Intelligenz für die Soziale Arbeit, wo die Risiken? Wie kann KI im Kinderschutz oder in der Altenarbeit eingesetzt werden? Und was erwarten sich Jugendliche von KI für die Zukunft? Spätestens seit ChatGPT und der medialen Berichterstattung darüber ist das Thema Künstliche Intelligenz in der Gesellschaft angekommen. Im neuen Dossier beim Deutschen Bildungsserver können Sie sich über grundlegende und ethische Fragen der Künstlichen Intelligenz informieren, Sie finden Tipps zur Fortbildung und erhalten Materialien und Anregungen für die Praxis.
https://www.bildungsserver.de/kuenstliche-intelligenz-ki-in-der-sozialen-arbeit-13030-de.html

Übergangsmanagement Es darf niemand verloren gehen

22 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben laut Statistischem Bundesamt das Schuljahr 2020/21 ohne beziehungsweise nur mit Hauptschulabschluss abgeschlossen. Eine neue Publikation der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) beschäftigt sich aus verschiedenen Perspektiven mit den Herausforderungen dieser Gruppe am Übergang von der Schule in den Beruf. Ziel ist es, das Thema stärker in den politischen und gesellschaftlichen Blick zu rücken und auf eine Verbesserung der Ausbildungschancen für die betreffenden Jugendlichen hinzuwirken.
DKJS: 22 Prozent – Die Übersehenen am Übergang in die Ausbildung (PDF)

Mehr Online-Nutzung bei Jugendlichen

Nach der erhöhten Nutzungsdauer in der Zeit der Corona-Pandemie haben Jugendliche in Deutschland im Jahr 2022 mit durchschnittlich 204 Minuten pro Tag weniger Zeit im Internet verbracht. Dieses Jahr ist der Wert mit 224 Minuten pro Tag wieder angestiegen. Dies zeigt die JIM Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest **MPFS: JIM-Studie 2023 (PDF)**

Ausbildungsgarantie Außerbetriebliche Berufsausbildung ausgeweitet

Mit dem *Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung* (Weiterbildungsgesetz) wird im Rahmen der „Ausbildungsgarantie" die außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE) als Rechtsanspruch ausgestaltet. Der Kreis der jungen Menschen, die förderberechtigt sind, wird erweitert. Geför-

dert werden können unter anderem junge Menschen, die hinreichende Bewerbungsbemühungen nachweisen oder die in
Regionen mit einer erheblichen Unterversorgung an Ausbildungsplätzen wohnen.
BA: Ausbildungsgarantie mittels außerbetrieblicher Berufsausbildung (PDF)

Dossier „Digitalisierung am Übergang Schule – Beruf“

Welche Transformationsprozesse sind mit der Digitalisierung am Übergang Schule – Beruf verbunden? Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich durch den digitalen Wandel? Das Dossier der Fachstelle widmet sich diesen Fragen und nimmt hierbei zentrale Themen wie die Inklusion, die Berufsorientierung und die Jugendsozialarbeit 4.0 in den Fokus
überaus: Dossier Digitalisierung

Demokratieförderung in der beruflichen Bildung

Die Beratungs- und Transferstelle ist ein Angebot der Fachstelle Fachpersonal im Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“, die vom Verein Mach meinen Kumpel nicht an – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V. getragen wird. Die Fachstelle entwickelt Angebote für das Berufsbildungspersonal an den Lernorten Berufsbildende Schule und Ausbildungsbetrieb und stärkt so die demokratiefördernde Arbeit mit jungen Menschen. Qualifizierungskonzepte werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und die Umsetzung durch Transferschulungen unterstützt, von einem Einführungsvortrag bis hin zu einer ausführlichen Konzeptschulung.

Nachhaltig(keit) lernen mit Planet-N

Planet-N ist eine von jungen Menschen aufgebaute Bildungsplattform, die Lehrkräfte durch praktisch nützliche und interaktive Lernmaterialien dabei unterstützen will, BNE-Kompetenzen als fachübergreifende Lernziele in ihren Fachunterricht zu integrieren. Die Module eignen sich für die Klassen 7 bis 13. Die Sammlung kann nach Themen, Fächern und Schlagwörtern gefiltert werden.
https://www.bildungsserver.de/onlineressource.html?onlineressourcen_id=64472

Klimafreundliche Schulhöfe

Zehn Schulen aus ganz Hessen wurden für ihre Visionen für einen klimafreundlichen Schulhof ausgezeichnet. Die Schulen sind Teil eines Pilotprojekts, das von der Deutschen Umwelthilfe ins Leben gerufen wurde und vom hess. Umweltministerium gefördert wird. Leider war keine berufsbildende Schule dabei, obwohl es sicherlich auch an vielen dieser Schulen umweltunfreundliche Schulhöfe gibt. Vielleicht gibt es durch diese Notiz Anstöße, sich im Rahmen der Klimarichtlinie des Landes für eine Förderung zu bewerben.
Wünschenswert wäre es.

DGB: Staat verliert Milliarden durch Tarifflucht

Durch Tarifflucht durch Arbeitgeber verliert der Staat nach einer DGB-Analyse auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes Milliardeneinnahmen. Insgesamt entgingen den *Sozialversicherungen* in Deutschland jährlich rund 43 Mrd. Euro an Beiträgen. Bund, Länder und Kommunen nähmen rund 27 Mrd. Euro weniger *Steuern* ein. Die sog. Tarifflucht ist der Versuch eines Arbeitgebers, einen Tarifvertrag zu unterlaufen und so Löhne und Gehälter zu bezahlen,
die niedriger als die tariflich vereinbarten sind. Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich laut DGB auch auf die *Kaufkraft* der arbeitenden Bevölkerung aus: Mit einer flächendeckenden Tarifbindung hätten die Beschäftigten insgesamt rund 60 Mrd. Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie.

Der DGB fordert, dass öffentliche Aufträge und Fördergelder generell nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge anwenden.
DE 07.11.2023
Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt

Intelligente Stromnetze für die Zukunft -

Das Erasmus+-Projekt Smart Grid wurde mit dem European Innovative Teaching Award 2023 ausgezeichnet

Text von Manfred Kasper | November 2023

Im Jahr 2021 verlieh die Europäische Kommission erstmals den European Innovative Teaching Award (EITA). Damit würdigt sie europaweit herausragende Unterrichtspraktiken von Lehrenden und Schulen, die sich in Erasmus+-Projekten engagieren. In diesem Jahr standen Impulse für Bildung und Innovation und die Einführung neuer Technologien in aktuelle Bildungssysteme im Fokus. Unter den Preisträgerinnen der Rubrik Berufliche Schule, wovon es in Deutschland nur eine gab, ist die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule aus Darmstadt mit ihrem Projekt Smart Grid.

„Mit Smart Grid wollen wir das vernetzte Denken in der Berufsbildung fördern und unseren Auszubildenden Handlungskompetenzen für die Herausforderungen der Zukunft vermitteln“, berichtet Dr. Gerald Hubacek, stellvertretender Leiter der Darmstädter Schule für Elektro- und Informationstechnik. Von 2018 bis 2021 haben er und sein Team in einer Erasmus+-Partnerschaft mit Institutionen aus Österreich, Italien und Tschechien ein Ausbildungskonzept entwickelt, das technologieorientierte berufliche Kompetenzen in den Lernfeldern Energieerzeugung, -verteilung und -umwandlung stärkt. Besonders nachhaltig dabei:

Die Partnerschaft mündete in ein transnationales Bildungsnetzwerk, das sich der Verbreitung des Smart Grid-Ansatzes auch über das Projektende hinaus widmet.

Smart Grids unterstützen die Energiewende

Ein Smart Grid, auf Deutsch intelligentes Stromnetz, steuert auf Basis von innovativen Technologien und Kommunikationssystemen die optimale Energieversorgung.

Dabei wird der Energiefluss über einen Algorithmus clever und smart gesteuert. Auf diese Weise unterstützen Smart Grids den Übergang zu einer nachhaltigen und zuverlässigen Energieversorgung – sie sind von elementarer Bedeutung für das Gelingen der Energiewende.

Mit Blick auf die Berufsbildung erfordert der vernetzte technologische Ansatz neue Denk- und Arbeitsweisen in den Fachgebieten Elektro- und Informationstechnik. „Wir sind sicher ein Stück weit Vorreiter, indem wir bestehende Berufsbilder zusammenbringen und Prozesse abbilden, die gerade in den klima- und energierelevanten Arbeitsfeldern richtungweisend sind“, unterstreicht Hubacek. Den internationalen Austausch hält er dabei auch deshalb für wichtig, weil er es ermögliche, über den eigenen Tellerrand zu blicken und stets am Puls der Zeit zu sein. Hubacek wörtlich: „Wir haben festgestellt, dass in Italien und Tschechien bereits digitale Leistungsmesser (Smart Meter) in den Haushalten installiert sind, während bei uns noch die analogen zum Einsatz kommen. Entsprechend konnten wir sehr viel voneinander lernen und gemeinsam innovative Zukunftskonzepte entwickeln.“

Lernende spielen aktive Rolle

Im Unterricht möchten die beteiligten Schulen mit dem Projekt „neue Wege“ beschreiten. Dazu entwickelten sie modulare Lernbausteine, die neben der Vermittlung der Inhalte und der Vertiefung des vorhandenen Wissens auch zum selbstgesteuerten und selbstorganisierten Lernen anregen. „Uns war es von Beginn an wichtig, dass die Lernenden eine aktive Rolle spielen, um sie bestmöglich auf zukünftige Anforderungen im europäischen Energiesektor vorzubereiten“, so Hubacek. „Sie erhalten eine berufliche Kompetenzen fördernde Aufgabe, bei der sie die Lernschritte selbst ableiten und planen.

Die Lehrkraft oder die Ausbilderinnen und Ausbilder fungieren dabei eher als Berater*innen und Lernpartner*innen.“

Bei der Entwicklung der Lernmaterialien konnten die Projektakteure auf eine gewachsene und vertrauensvolle Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen aufbauen. Dazu Hubacek: „Wir hatten schon zuvor Projekte erfolgreich miteinander realisiert und sind daher aufeinander eingespielt.

Unser gemeinsames Ziel in Smart Grid war es, in internationaler Zusammenarbeit einen Mehrwert für die Bildungsprozesse in den jeweiligen Ländern zu generieren. Das gilt sowohl in technischer und fachlich-didaktischer Hinsicht als auch bezüglich europäischer Werte wie Demokratie, Frieden und den europäischen Einheitsgedanken. Diesen Gedanken wollen wir über die berufliche Bildung auch in unsere Lernprozesse transportieren.“

Materialien stehen zur Verfügung

Um die Ergebnisse von Smart Grid in den Unterricht der Berufsschulen zu implementieren, waren von Beginn an Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Auszubildende der beteiligten Institutionen in die Projektarbeit eingebunden. Die Resultate wurden im Kontext von Veranstaltungen auch der Fachöffentlichkeit und anderen Akteuren der beruflichen Bildung präsentiert, zum Beispiel mit der ebenfalls als Partner beteiligten Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar und dem Darmstädter Kreis für Berufliche Bildung e.V. (DKBB).

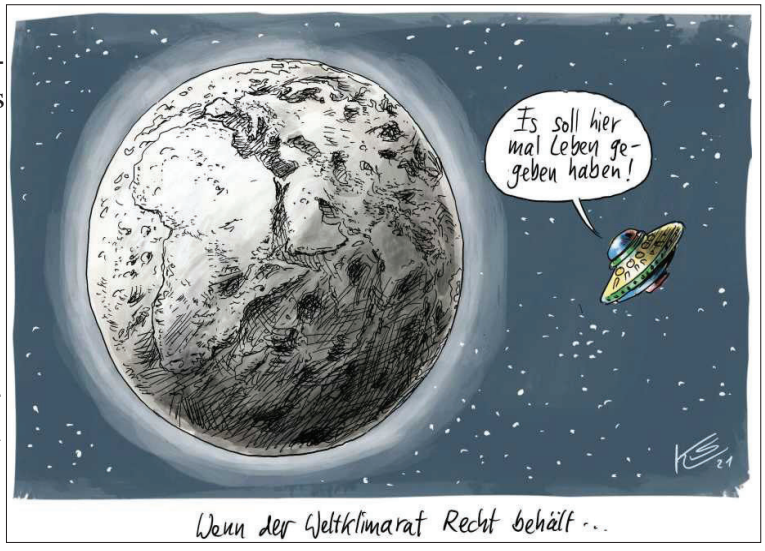
Auf der Website *https://leonardo-projekt.eu/index.php/projects/smart-grid-intelligente-stromnetze-4-0/* stehen die erarbeiteten Materialien zum Download bereit. Wer darüber hinaus Interesse am Smart Grid-Projekt hat, kann gerne mit Gerald Hubacek Kontakt aufnehmen (*hck[at]hems(dot)de*).

Die Preisverleihung durch die NA beim BIBB erfolgte am 7. November 2023 in Darmstadt. Ende November wurden die siegreichen EITA-Projekte zudem im Rahmen eines europäischen Netzwerkevents bei der Europäischen Kommission in Brüssel vorgestellt.

Dossier Klimawandel

Die globale Erwärmung und ihre Folgen sind längst Realität und ins Bewusstsein von Politik und Gesellschaft gerückt. Die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen sind global zu spüren, etwa durch die Zunahme von Extremwetter, wie Starkregen, Hitzewellen und Stürmen. Einige Regionen der Erde sind davon besonders betroffen. Doch wie konnte es überhaupt zum Klimawandel kommen? Und reichen die Bemühungen im Kampf gegen die globale Erwärmung aus?

Das Dossier beleuchtet die Grundlagen des Klimasystems und der Klimaforschung. Es fragt, welche Ursachen zur globalen Erwärmung geführt haben, und wie nationale und internationale Klimapolitik das Ausmaß zu begrenzen versucht. Entstanden ist das Dossier in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. *www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/*



Hess. Koalitionsvertrag CDU – SPD

Auszüge

Am 14.12.2023 wurde der Koalitionsvertrag 2024 – 2029 in Hessen zwischen CDU und SPD beschlossen. Wir dokumentieren Auszüge, die aus unserer Sicht für die Berufsbildenden Schulen von besonderer Bedeutung sind und geben einen Kurzkommentar. Weiteres soll in zukünftigen Beiträgen zu den einzelnen Punkten dezidiert erfolgen (DS).

Aus Überzeugung für beste Bildung

Wir stärken unser Bildungsangebot von der Kita und der Schule bis zur Handwerksbank und dem Hörsaal, denn Bildung ist der Schlüssel für ein erfülltes Leben und sozialen Aufstieg. Wir stehen für Bildungsgerechtigkeit. Wir werden deshalb die Vielfalt unseres Schulsystems erhalten und fortentwickeln, mehr Lehrkräfte einstellen und die berufliche Bildung sowie die Entwicklung des Hochschulstandorts weiterentwickeln.

Wir haben die Schule der Zukunft im Blick. Deshalb wollen wir die Schulträger mit einem **Investitionsprogramm bei Bau- und Modernisierungsmaßnahmen** unterstützen.

Wir werden prüfen, in Hessen einen Studiengang für das Lehramt für berufliche Schulen mit dem Fach Sozialpädagogik einzurichten.

Der Schulversuch **Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung** soll flächendeckend ausgeweitet und optimiert werden. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, Schülerinnen und Schüler zur Ausbildungsreife zu führen.

Insbesondere wollen wir die Bildungsgänge so gestalten, dass allen Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule weitere Bildungswege und Schulabschlüsse offenstehen, um ihre individuellen Chancen im Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern.

Klar ist: **Kein junger Mensch darf auf dem Weg zwischen Schule und Beruf verloren gehen.** Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung machen möchte, garantieren wir eine passgenaue Unterstützung. Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern gilt unser besonderes Augenmerk.

Hilfestrukturen müssen einfach und vom jungen Menschen aus gedacht und umgesetzt werden. Deswegen wollen wir die Gemeinwesenarbeit und Kooperationen zwischen Jugendamt und Jugendberufshilfe (Produktionsschulen und Jugendwerkstätten), Jobcentern, regionalen Bildungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit und den Schulen stärken und einfache Anlaufstellen schaffen. Wir wollen, dass den Jugendlichen Akteure zur Verfügung stehen, die sie im Zweifel bis zum erfolgreichen Berufsabschluss beraten und begleiten.

Ausbildung und Studium

Eine **qualifizierte berufliche Erstausbildung** befähigt Menschen zu einer kontinuierlichen und existenzsichernden Erwerbsbiografie mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer beruflichen Karriere. Wir stärken daher berufliche Bildung und bekennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und einer erfolgreichen Berufsorientierung. Wir wollen auch in Zukunft die duale Ausbildung stärken. Wirtschaft, Wohlstand und Fachkräftesicherung brauchen handwerklich interessierte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ebenso wie solche, die eine universitäre Ausbildung anstreben.

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Bildungswege untereinander durchlässig bleiben und in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die **Gleichwertigkeit aller Bildungswege** besteht. Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern wollen wir den Weg in die berufliche Bildung erleichtern.

Um den Weg in Ausbildung einfacher zu machen, werden wir bestehende **Programme** ressortübergreifend bündeln, vereinfachen und möglichst bürokratiearm gestalten. Die mit ESF-Mitteln aufgelegten Programme werden wir weiter kofinanzieren. Wir werden dem Wandel der Arbeitswelt mit Weitsicht begegnen. Flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten müssen etabliert werden, um der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit gerecht zu werden.

Häufig ist aufgrund familiärer Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder Pflege sowie bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Weg zum Berufsabschluss nur in Teilzeit möglich. Wir wollen die **Teilzeitausbildung** stärken, insbesondere für den beruflichen Wiedereinstieg und für Menschen mit familiären Verpflichtungen. Wir wollen in Hessen weiter eine Vorreiterrolle einnehmen und Betriebe sowie Ausbildungsinteressierte unterstützen sowie die Curricula der theoretischen Ausbildung anpassen.

Dabei denken wir von der und dem Auszubildenden aus. Kein Mensch darf zwischen Schule und

Beruf verloren gehen. Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung machen möchte, garantieren wir eine passgenaue Unterstützung.

Unsere bestehenden **Ausbildungsförderprogramme** wie z.B. die Verbundausbildung, die besondere Ausbildungsplatzförderung für Hauptschülerinnen und Hauptschüler, das Förderprogramm für Abbrecherinnen und Abbrecher, Altbewerberinnen und Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf und das Programm „Wirtschaft integriert“ wollen wir fortführen, evaluieren und an die neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes anpassen. Mit einem Landesprogramm „Jugend in Arbeit“ soll jungen Menschen der Übergang von der Schule in das Erwerbsleben vereinfacht und ein praxisorientierter Berufseinstieg ermöglicht werden.

Ein besonderer Stellenwert kommt dem produktionsorientierten Lernen zu. Diesen Ansatz werden wir stärken, indem wir ihn an den beruflichen Schulen, an denen er besteht, sichern und weiterentwickeln.

Fachoberschulen und berufliche Gymnasien bieten für Jugendliche, die frühzeitig berufsbezogene Schwerpunkte wählen, eine Alternative zu den gymnasialen Oberstufen; diese werden wir weiterentwickeln.

Die hessische Landesregierung wird sich maßgeblich in die Ausgestaltung des im Koalitionsvertrag des Bundes vorgesehenen **Paktes für berufsbildende Schulen** einbringen.

Die **Berufsschulstandorte** in der Fläche und damit eine möglichst wohnortnahe duale Ausbildung wollen wir sichern und Angebote des Landes zur Ausweitung des **dualen Studiums** entwickeln. Wohnortnahe Ausbildungsstandorte mit einem entsprechenden schulischen Angebot sind sowohl im Interesse der Auszubildenden als auch im Interesse der ausbildenden Unternehmen, um weiterhin in der Fläche eine große Bandbreite beruflicher Ausbildungen zu ermöglichen.

Wir setzen auf einen Prozess, der auf **Partizipation und Transparenz** aufbaut. Wir werden gemeinsam mit Schulen, Schulträgern, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen Wege zu modernen Berufsschulen weiterentwickeln. Gleichzeitig erhalten die Berufsschulen mehr Eigenverantwortung.

Wir werden die Sozialpartner auffordern, im Bund-Länder-Koordinierungsausschuss Einfluss auf die Fachrichtungen und Schwerpunkte, die gemeinsam beschult werden können, zu nehmen. Unter anderem zur Vermeidung von unnötigen Fahrwegen werden wir am etablierten **digitalgestützten Unterricht** festhalten und diesen bei Bedarf ausweiten. Wir werden in Gesprächen mit allen Beteiligten regionalen Absprachen den Vorzug geben bzw. diese in das zentrale Modell integrieren.

Das Ampelsystem im Rahmen des **Konzepts „Zukunftsfähige Berufsschule“** bleibt bestehen, aber wir werden das Instrumentarium erweitern und Spielräume für die Schulen gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickeln, um die Schließung von Ausbildungsstandorten zu verhindern. Wenn die gelbe Ampelphase eintritt, werden wir die beruflichen Schulen darin unterstützen, mit Partnern vor Ort möglichst viele Ausbildungsberufe zu erhalten. Schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen sollen die Ausnahme darstellen.

Verantwortlich für Markierungen und Auswahl der Auszüge: Dieter Staudt

Kommentar

Gut klingt das Bekenntnis zur „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und einer erfolgreichen Berufsorientierung“, „passgenaue Unterstützung“ für den Übergang von der Schule in die Ausbildung wird sogar wörtlich zweimal „garantiert“. Offen bleibt jedoch, wie genau dies geschehen soll. Weshalb wird nur Unterstützung, aber keine Ausbildung garantiert? Interesse an einer Ausbildung im Handwerk zu fördern, ist sinnvoll. Fachkräftemangel gibt es aber auch in vielen anderen Bereichen.

Am problematischen Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“, hält die Landesregierung fest, jedoch – hier werden Forderungen der GEW und weiterer Akteure aufgenommen –, sollen „Spielräume“ für die Schulen erweitert und die Schließung von Ausbildungsstandorten verhindert werden. Wir werden die Koalitionspartner beim Wort nehmen und die zugesagte „Partizipation und Transparenz“ mit Beteiligung von Gewerkschaften, die wir bisher vermisst haben, aktiv wahrnehmen.

Zur angekündigten Optimierung der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung sollten Erfahrungen der Lehrkräfte und sozialpädagogischen Kräfte ernst genommen werden.

Der Koalitionsvertrag enthält viele Bekenntnisse: für Bau- und Modernisierungsmaßnahmen, Produktionsschulen, Jugendwerkstätten und der Teilzeitausbildung, von Fachoberschule und Beruflichem Gymnasium. Entscheidend wird sein, wie diese Ziele konkret umgesetzt werden und ob genügend finanzielle Mittel hierfür bereitgestellt werden.

Katja Pohl

Die Schule soll stets danach trachten, dass der junge Mensch sie als harmonische Persönlichkeit verlasse, nicht als Spezialist. ***Albert Einstein***

HPRS

LiV-Einstellungen zum 01.11.2023

Der Lehrkräftemangel nimmt für die Berufsbildenden Schulen mittlerweile dramatische Züge an; auch in Sachen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Einstellungen in den Vorbereitungsdienst zum Lehramt an berufsbildenden Schulen in Hessen zum 01.11.2023**:**

NORMALVERFAHREN

Bewerbungen	80
Zurückgezogen/ungeeignet	19
Angebot	63
Absage	5
EINSTELLUNGEN	**58**

QUEREINSTIEG

Verfahren 2 (mit Schulbezug BBS):

EINSTELLUNGEN	**10**

FACHLEHRERANWÄRTER

Bewerbungen	31
zurückgezogen/ungeeignet	20
Angebot	11
Absage	0
EINSTELLUNGEN	**11**

Das im Internet abrufbare 17-seitige Handlungskonzept des Kultusministeriums (*Verlässlichkeit und Qualität – Hessen sichert die bestmögliche Unterrichtsversorgung, so funktioniert die Lehrkräftegewinnung für unsere Schulen*) lässt all jene Fragen offen, wie gut ausgebildete Lehrkräfte für den hessischen Landesdienst zeitnah und dauerhaft gewonnen werden können.

Anmerkung

Bei ca. 110 Berufsbildenden Schulen wurden demnach gerade mal 68 Personen in den Vorbereitungsdienst genommen. Berücksichtigt man noch, dass Einige den Vorbereitungsdienst nicht erfolgreich abschließen, so bedeutet das, dass bei 2 Einstellungsterminen idealerweise jede Berufsbildende Schule im Jahr gerade mal eine LIV erhält, angesichts der Zahl der ausscheidenden ***Lehrkräfte nur erschreckend (DS).***

Einstellungserlass für Personen mit einem ausländischen Lehramtsabschluss

Eine ergänzende Regelung zum bestehenden Einstellungserlass ist die Erleichterung für Personen mit einem „ausländischen Lehramtsabschluss“, da nun eine Öffnung für Bewerber*nnen mit nur einem Fach auf die bereits erste schulbezogene Ausschreibung erfolgt ist. Hier konnte eine langjährige Forderung der GEW umgesetzt werden.

Zusätzlich liegt eine Ausgleichsmaßnahme für Internationale Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen (AMHR) vor, welche für EU-Lehrkräfte und Lehrkräfte aus Drittstaaten, denen ein Anerkennungsverfahren mit mindestens einem Unterrichtsfach eröffnet werden konnte, erlasslich die Rahmenbedingungen für ein Beschäftigungsverhältnis an Hessischen Schulen regelt. Die Maßnahme soll vom 01.02.2024 bis zum 31.01.2027 die Möglichkeit des Erwerbs der Lehrbefähigung für das Fach Mathematik oder Kunst geben; der Qualifizierungszeitraum ist für den 01.08.2024 bis zum 31.07.2026 über schulbezogene Ausschreibungen vorgesehen. Voraussetzung für die Teilnahme an der Maßnahme ist das deutsche Sprachniveau C1; konzipiert ist die Maßnahme für etwa 80 Personen.

Zuweisung von Stellen – Integration- und Sozialindex/UBUS

Im *i*nsider 02/2023 wurde bereits über die Zusammenführung von Sozial- und Integrationsindex berichtet. Eine neue Auflistung im Bereich UBUS sieht für die Beruflichen Schulen eine Sockelzuweisung von 0,25 Stunden vor.

Rahmen-Hygieneplan für die Schulen in Hessen

Hinsichtlich zu erwartender steigender Infektionszahlen in Herbst und Winter hat der zum 29.03.2023 aufgehobene „Hygieneplan Corona“ auf Basis von § 36 Infektionsschutzgesetz den Schulen die Erstellung von eigenen Hygieneplänen ermöglicht. Der Rahmenhygieneplan des Landes soll als Grundlage für die mit den Schulträgern abzustimmenden Schulhygieneplänen dienen.

Räumliche Gegebenheiten an den Schulen, wie zum Beispiel Klassenräume ohne Wasseranschluss/Waschbecken, machen

eine konkrete Umsetzung solcher möglichen Schulhygienepläne mancherorts zur Makulatur - hier hängt es wieder am althergebrachten Disput der Verantwortlichkeit zwischen Schulträger und Kultusministerium zur baulichen Ausgestaltung der Schulen!

Neufassung der Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Schule und Schulaufsichtsbehörden (Schul-Datenschutzverordnung – SchDSV)

Wie mit Daten im Bereich Schule umgegangen wird, ist seit Jahren eine wichtige und strittige Frage. Das HKM legt nun endlich eine Verordnung vor, die viele, aber nicht alle Fragen lösen kann. Stellung genommen hat hierzu ausführlich die GEW [vgl. HLZ 12/23]. Zentrale Fragen sind die Nutzung von digitalen Klassenbüchern und die Klarstellung, wer „berechtigte Personen“ bei Videokonferenzen sind. Zu letzterem wartet der HPRS auf eine Klarstellung leider seit Jahren.

Versetzungsverfahren 2023 – LTV und VersHessen

Lange hat der HPRS um Transparenz in Sachen Versetzung (Versetzung vor Neueinstellung) gerungen und nach intensiven Erörterungen bilden nun folgende Zahlen eine positive Entwicklung ab:

Die Versetzungsquote in Hessen erhöhte sich von 30,09% (2021) auf 34,76% (2022) und 35,05% (2023). Auch im Bereich LTV konnten die Versetzungsquoten erheblich verbessert werden:

Nach Hessen hinein (LTV EIN): von 32,95% (2021) auf 37,85% (2022) und 38,72% (2023). Aus Hessen heraus (LTV AUS): von 23,28% (2021) auf 25,68% (2022) und 27,57% (2023).

Hierbei differieren die Werte zwischen den einzelnen Schulformen. Ebenso sind die Quoten hinsichtlich der Schulamtsbezirke sehr unterschiedlich.

Sicherlich wird die Unterstützung durch die GPRS ein wichtiger Baustein zur erfolgreichen Versetzung im Sinne der Kolleg*innen vor Ort darstellen.

Änderung der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO)

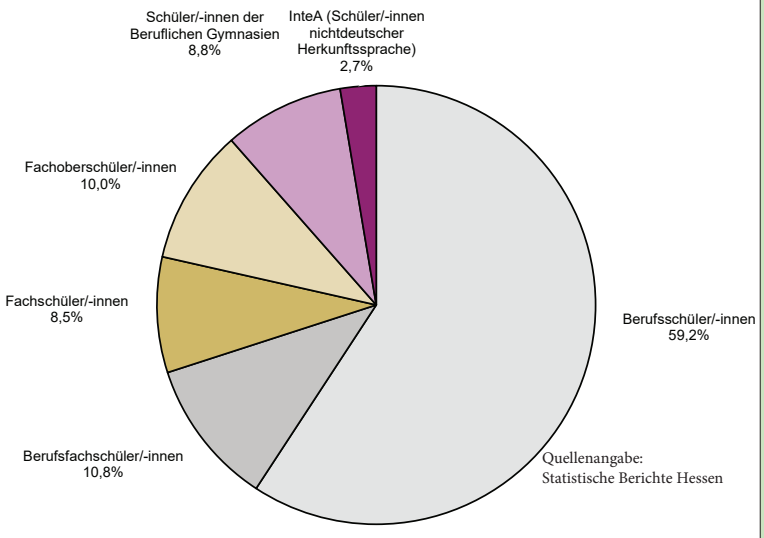
Die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen befinden sich, je nach Ausbildungsangebot und Schulform, in einer mehr oder weniger dauerhaften Prüfungssituation. Zeit für intensive Vorbereitung der Schüler*innen ist eine Herausforderung, der die Lehrkräfte im Alltag gerecht werden müssen. Nun gibt es eine weitere Verschärfung hinsichtlich der Lehr- und Lernsituation an den Beruflichen Gymnasien:

Gegenstand der schriftlichen Abiturprüfungen sollen fortan nicht mehr die curricularen Vorgaben von Q1 bis Q3 sein, sondern auch Q4 soll einbezogen werden. Mit der geplanten Änderung wird nicht konkretisiert, bis zu welchem Zeitpunkt Inhalte für die Prüfungen relevant sein sollen: „*Die schriftlichen Prüfungen beziehen sich auf die Inhalte des Zeitraums der vier Halbjahre der Qualifikationsphase (Q1 bis Q4)*“.

Eine solche inhaltliche Eingrenzung muss jedoch zwingend erfolgen, um vor der Prüfung ausreichend Zeit für Verarbeitung, Reflexion und Übung bereitstellen zu können. Kolportiert wird derzeit, dass in Q4 lediglich ein Themenfeld verbindlich festgelegt werden soll.
Auch mit dieser Regelung würden sich jedoch die bereits angesprochenen Belastungen für Lehrkräfte und Schüler*innen enorm erhöhen.
Das HKM befindet sich derzeit in einer Phase der Überarbeitung aller Curricula, um dieser Änderung auch einen inhaltlichen Rahmen geben zu können. Geplant ist der erstmalige Einbezug von Q4 im Abitur 2027 (vgl. hierzu § 52 (1) Übergangsregelungen).

Bettina Happ-Rohe´

1. Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2022/2023



Zum aktuellen Stand von BÜA

Anfrage des HPRS an das HKM

Ursprünglich war die Verordnung (vgl. Protokoll des BÜA-Fachtages vom 25.4.2023) für Herbst (09 oder 10/23) angedacht – leider liegen keine Aussagen der Dienststelle diesbezüglich vor.

Gemäß den bekannten Zeitläufen bis zur Fertigstellung der VO durch alle zu beteiligenden Gremien müsste die Dienststelle mittlerweile an der VO „arbeiten". Der Hauptpersonalrat Schule bittet daher um Informationen zum aktuellen Bearbeitungsstand.

Vor dem Hintergrund der flächendeckenden Einführung von BÜA ab dem Schuljahr 25/26 bittet der Hauptpersonalrat Schule außerdem um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wird die BFS (aufgrund der weiterhin bestehenden Nachfrage) neben BÜA ab dem Schuljahr 25/26 ebenfalls angeboten werden können?
- Welche SuS-Zahlen liegen vor betreffs
  a) Übergang der gesamten SuS von Stufe 1 in Stufe 2?
  b) Übergang in Ausbildungsberufe (Abschluss von Ausbildungsverträgen) nach Stufe 1 oder SuS aus BzB in Ausbildung?
- Die Eingangskriterien sind nach Auffassung des HPRS hinsichtlich der veränderten Ausgangssituationen vieler Schülerinnen und Schüler (Flucht aus der Ukraine, Inklusion) ggf. anzupassen.
- Soll/kann BÜA für Förderschülerinnen mit absolvierten 10 Schuljahren geöffnet werden?
- Ist für Schülerinnen und Schüler aus InteA, die bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben, ein Zugang zu BÜA grundsätzlich möglich bzw. wie sieht das dafür vorgesehene Kontingent der Dienststelle aus?

Anfrage vom 14. November 2023
Eine Antwort liegt zum Redaktionsschluss nicht vor (die Red.).

Aus dem Koalitionsvertrag CDU-SPD 2024 - 2029

Der Schulversuch **Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung** soll flächendeckend ausgeweitet und optimiert werden. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, Schülerinnen und Schüler zur Ausbildungsreife zu führen (x).

Klar ist: **Kein junger Mensch darf auf dem Weg zwischen Schule und Beruf verloren gehen.** Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung machen möchte, garantieren wir eine passgenaue Unterstützung. Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern gilt unser besonderes Augenmerk.

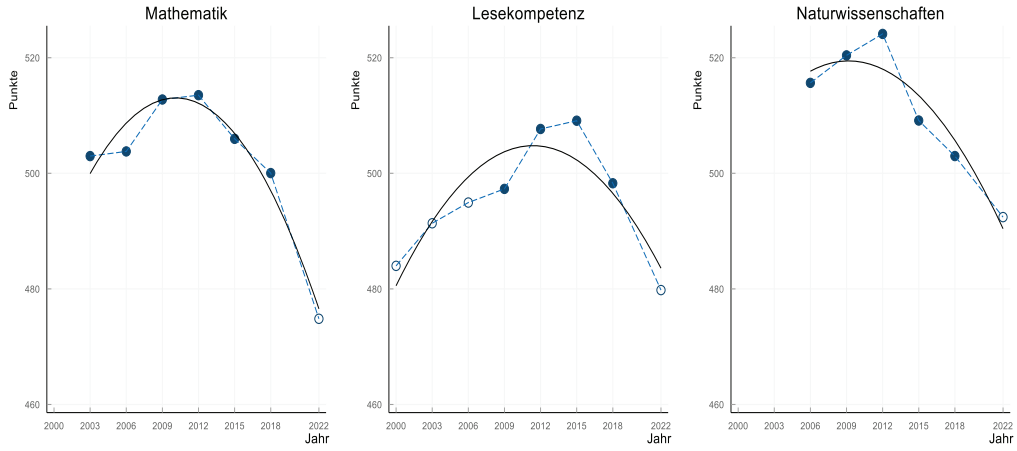
Dabei denken wir von der und dem Auszubildenden aus. Kein Mensch darf zwischen Schule und Beruf verloren gehen. Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung machen möchte, garantieren wir eine passgenaue Unterstützung.

(x) Anmerkung

Wie sich Ziele ändern: BÜA war mal angetreten mit dem Ziel, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern den Übergang in Ausbildung zu ermöglichen, daher ja auch der Name. Nun wird – wahrscheinlich angesichts der bisherigen katastrophalen Zahlen des Übergangs in Ausbildung – dieses Ziel reduziert auf das Ziel, zur Ausbildungsreife zu führen. ***(DS)***

UEBERBLICK UEBER DIE LEISTUNGSTRENDS IN DEUTSCHLAND – AUS : PISA 2022 ERGEBNISSE (BAND I)

Trends in den Bereichen Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften



Anmerkung: Die weißen Punkte stehen für Schätzungen der Durchschnittsergebnisse, die statistisch nicht signifikant über bzw. unter den Schätzungen von PISA 2022 liegen. Die schwarzen Linien bilden den Trend am besten ab.
Quelle: OECD, PISA-2022-Datenbank, Tabelle I.B1.5.4, I.B1.5.5 und I.B1.5.6.

Überblick über die Ergebnisse in den Bereichen Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften

Mittelwert	Mathematik	Lesekompetenz	Naturwissenschaften
PISA 2000		484	
PISA 2003	503*	491	
PISA 2006	504*	495	516*
PISA 2009	513*	497*	520*
PISA 2012	514*	508*	524*
PISA 2015	506*	509*	509*
PISA 2018	500*	498*	503*
PISA 2022	475	480	492
Durchschnittlicher Zehnjahrestrend für den Mittelwert (2012–2022)	-38.0*	-29.9*	-30.6*
Kurzfristige Veränderung des Mittelwerts (2018–2022)	-25.2*	-18.5*	-10.6*
Kompetenzstufen: Veränderung zwischen 2012 und 2022			
Veränderung des Anteils besonders leistungsstarker Schüler*innen in Prozentpunkten (Stufe 5 oder 6)	-8.9*	-0.8	-2.5
Veränderung des Anteils leistungsschwacher Schüler*innen in Prozentpunkten (unter Stufe 2)	+11.8*	+11.0*	+10.7*
Leistungsvarianz: Veränderung zwischen 2018 und 2022			
Durchschnittliche Veränderung unter den leistungsstärksten Schüler*innen (90. Perzentil)	-21.6*	-16.7*	-1.8
Durchschnittliche Veränderung unter den leistungsschwächsten Schüler*innen (10. Perzentil)	-22.2*	-14.1*	-11.2
Abstand bei den Lernergebnissen zwischen den leistungsstärksten und leistungsschwächsten Schüler*innen	stabiler Abstand	stabiler Abstand	stabiler Abstand
Trends nach Quartilen des sozioökonomischen Status (ESCS): 2018–2022 / durchschnittlicher Zehnjahrestrend			
Leistungen der sozioökonomisch begünstigten Schüler*innen (oberstes Quartil des ESCS)	-18.5* / -28.7*	-16.2* / -13.3*	-2.2 / -16.2*
Leistungen der sozioökonomisch benachteiligten Schüler*innen (unterstes Quartil des ESCS)	-25.5* / -35.0*	-16.6* / -31.7*	-8.9 / -30.9*
Leistungsabstand (oberstes – unterstes Quartil)	stabil / stabil	stabil / größer werdend	stabil / größer werdend

Anmerkung: * steht für statistisch signifikante Trends und Veränderungen oder Schätzungen der Durchschnittsergebnisse, die signifikant über bzw. unter den PISA-2022-Schätzungen liegen.
Quelle: PISA-2022-Datenbank, Tabelle I.B1.5.1–12, I.B1.5.19, I.B1.5.20 und I.B1.5.21.

PISA 2022 ERGEBNISSE (BAND I) © OECD 2023

Wie bleibt Schule ansprechbar für Nöte der Lernenden?

Praxisbericht aus der Klingerschule (Ffm)

„Leider haben Ihre Zensuren nicht für eine Versetzung gereicht“ oder „Ihre Leistungen sind unterm Strich, bitte versuchen Sie es mit einer anderen Schulform“. Sätze wie diese hören Lernende nicht nur in Mittel- und Oberstufen, sondern auch an Berufsbildenden Schulen.

Oft sind es jedoch nicht mangelnde Leistungsbereitschaft, sondern schlicht und ergreifend existentielle Themen aus dem persönlichen Umfeld der Lernenden, die ihnen den Erfolg in der Schule verwehren. Stress zu Hause, prekäre Lebensbedingungen, Erfahrungen von Trauer, von Ausgrenzung, um nur einige aufzuzählen. Das Land Hessen bemüht sich gerade im Blick hierauf um mehr Bildungsgerechtigkeit. Dank *Ausbau multiprofessioneller Teams* aus Lehr- und UBUS-Fachkräften ist es inzwischen möglich, Schülerinnen und Schüler besser als vor 10 Jahren zu fördern und auf deren unterschiedliche Ausgangsbedingungen einzugehen. Einen weiteren Beitrag dazu leisten auch die *Stellen der Schulseelsorge*, die vom Land Hessen in Kooperation mit der Kirche von Hessen und Nassau an vielen Schulen eingerichtet sind.

So geht man in der Klingerschule (Berufliche Schule/Berufliches Gymnasium) inmitten von Frankfurt seit mehr als zwanzig Jahren einen besonderen Weg, der es ermöglicht, die Nöte der Lernenden besser zu berücksichtigen. Ihr Beratungsnetzwerk, bestehend aus Sozialpädagogischen Kräften, Berufswegeplanerin und externen Beratungskräften wird ergänzt durch *einen gesonderten Raum für Beratung, Krisengespräche und Seelsorge*, um für die Betroffenen kontinuierlich und umfassend ansprechbar zu sein.

AnsprechBar und der Raum

Die AnsprechBar, der Name ist Programm, befindet sich im Raum 108 der Klingerschule und ermöglicht Schüler*innen wie auch Lehrer*innen ein weit gefächertes Beratungsangebot. Er wird genutzt von einer Fachkraft für sozial-

pädagogische Förderung für die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) zusammen mit dem Schulpfarrer Johannes Schatz, der neben seinem Auftrag als Religionslehrer einen Schulseelsorgeauftrag für alle Schüler*innen und Lehrer*innen an der Klingerschule hat und in festen Sprechzeiten Beratung und Seelsorge anbietet.

Kernfunktion der AnsprechBar ist es, einen geschützten Raum für Beratung und Seelsorge zu gewährleisten. Hier soll und darf Unterstützung erfahren werden, die über Fragen des Unterrichts und des Schulbetriebes hinausgeht. Es wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Schule ein Ort ist, in der Menschenwürde sich nicht allein der Leistung und dem Schulerfolg verdankt. In der AnsprechBar werden Schüler*innen als auch Lehrer*innen in ihrer Ganzheit wahrgenommen. Hier dürfen sie sich „lassen“, wie sie sind, mit ihren Sorgen und Nöten.

AnsprechBar und Seelsorge

Kernaufgabe des Schulseelsorgers ist es, ein offenes Ohr für die persönlichen Fragen der Schüler*innen und Lehrer*innen zu haben, die in ihrem Leben persönliche Begleitung suchen oder in eine Krise geraten sind. Die seelsorgerliche Schweigepflicht ist ein gesetzlich verankertes hohes Gut, das den Hilfesuchenden in der Klingerschule in diesem Raum zur Verfügung steht und Diskretion zusichert. Seelsorge im weiteren Sinne erstreckt sich auch auf Fragen von Beziehungs- und Klassenkonflikten. Johannes Schatz verfügt hierzu über Ausbildungen in Mediation, Streitschlichtung und Gewaltfreier Kommunikation.

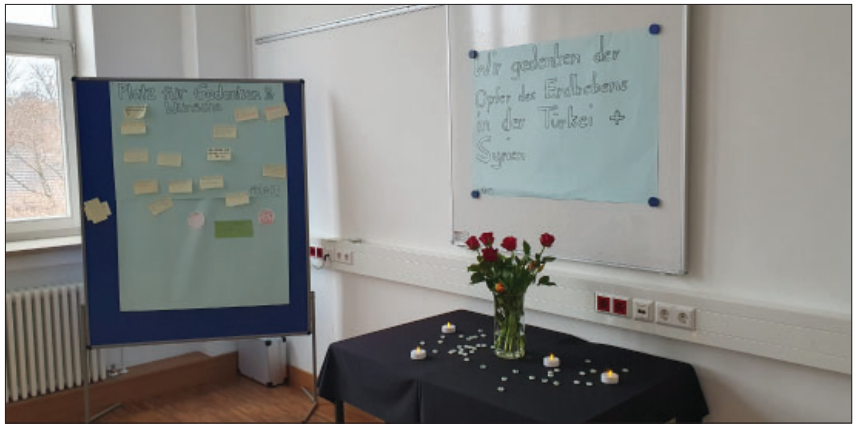
AnsprechBar als „Chilloutzone“

Im Zusammenhang mit den Prüfungen des mündlichen Abiturs verwandelt sich die AnsprechBar in eine „Chillout Zone“, die den Prüflingen als Rückzugs- und Gesprächsort dient. Im Schulbetrieb ist es den Prüflingen zumeist nicht möglich, sich ungestört auf eine

Prüfung vorzubereiten oder danach ungestört zurückzuziehen. Um dies zu ändern, entwickelte Johannes Schatz das Konzept der Chillout Zone. Zusammen mit der Schulsozialarbeiterin und unterstützt von Schüler*innen der 12. Klasse wird ein Raum des Rückzugs, aber auch des ungezwungenen Austauschs so gestaltet, dass die Betroffenen sich darin wohl fühlen. Daneben gibt es ein gesondertes Angebot seitens der Beratungskräfte von Seelsorge- und Beratungsgesprächen bis zur Krisenintervention.

AnsprechBar und die Schulgemeinde

Aus diesem Raum heraus startet die Schulseelsorge Projekte, die die Lebenswirklichkeit der Schüler*innen in den Blick nehmen, für sie ansprechbar bleibt. So initiiert Johannes Schatz 2023 anlässlich der Erdbebenkatastrophe im syrisch-türkischen Grenzraum zusammen mit betroffenen Schüler*innen den **Raum des Gedenkens** für die Opfer und die betroffenen Angehörigen oder gestaltet mit Schüler*innen anlässlich der Attentate in Hanau eine Gedenkwand, die zu mehr Anteilnahme und Solidarität mit den Betroffenen aufruft.



Johannes Schatz, Schulpfarrer und Lehrer an der Klingerschule

Wie bedeutsam Zeichen der Anteilnahme und Solidarität für die Schüler*innen und Lehrer*innen sind, erleben die Mitwirkenden am Feedback der Schulgemeinde mit Worten wie: „Endlich zeigen wir in dieser Schule Mitgefühl“.

Neben einem hoffentlich erfolgreichen Schulabschluss dürfte es im Rückblick auf ihre Schullaufbahn für viele Schüler*innen eine bedeutsame Schulerfahrung gewesen sein, wie sich das mit der Solidarität und dem Mitgefühl in echt anfühlt und wie gut es ist, sich dafür auch persönlich einzusetzen.

PISA 2022 – Deutschlands Abwärtsfahrt geht weiter!

Nachdem vor kurzem die IGLU-Studie zu den Ergebnissen am Ende der Grundschulzeit Erschreckendes erbracht hatte, bestätigt die jüngste PISA-Studie zu den Fünfzehnjährigen den deutschen Abwärtstrend. In Mathematik gehören rund 30 Prozent zu den besonders Leistungsschwachen, im Lesen rund 26 Prozent und in den Naturwissenschaften rund 23 Prozent.

Noch nie haben deutsche Schüler so schlecht bei einer PISA-Erhebung abgeschnitten wie in der aktuellen Erhebung aus dem Jahr 2022, der ersten nach der Corona-Pandemie. 30 Prozent der Fünfzehnjährigen haben in Mathematik, dem zentralen Testbereich, nicht einmal das Mindestkompetenzniveau erreicht, im Lesen sind es 26 Prozent und in den Naturwissenschaften 23 Prozent.

„Drei von zehn Schülern sind unter dem Mindestniveau in Mathematik. Sie können nicht einmal sagen, ob sich ein Sonderangebot beim Einkaufen lohnt oder nicht“, sagte Francesco Avvisati von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) bei der Vorstellung der Studie am 05.12.2023.

Im Vergleich zur PISA-Studie 2018 haben die deutschen Schüler*innen in Mathematik 25 Punkte, in der Lesekompetenz 18 Punkte und in den Naturwissenschaften 11 Punkte verloren (Dieter Staudt)

neue Publikationen

Benjami Apelojg
Körper, Geist und Schule
Eine Entdeckungsreise zum lebendigen Lernen

Lärm, Unruhe, fehlende Mitarbeit und mangelnde Motivation bei Schüler*innen gehören zum Schulalltag. Kein Wunder, dass sich die Ratgeber, Methodenbücher und praktischen Tipps für Lehrkräfte häufen. Doch warum funktioniert vieles davon in der Praxis nicht und lässt Lehrkräfte des Öfteren verzweifeln?

Die gängigen Theorien, Konzepte und Methoden berücksichtigen nur den Geist und nicht den gesamten Körper, lautet die überraschende Antwort des Autors. Wenn Körper und Geist gemeinsam angesprochen werden, kann Schule zu einem Ort der Freude, des Austausches und des gemeinsamen Lernens werden. Dies erfährt man auf einer Entdeckungsreise, welche die Verbindung von Körper und Geist aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet sowie einen neuen Ansatz lebendigen Lernens anschaulich und praxisnah präsentiert.
ISBN: 978-3-7639-7383-5

Markus Jansen
Mensch oder Erde
Ökologische Aufklärungen

Rund um den Globus gehen Menschen auf die Straße, Politik und Wirtschaft propagieren „Klimaschutz“. Es scheint eine neue Phase in der Geschichte der Ökologie angebrochen zu sein. Dem widerspricht der Autor. Was seit Dekaden als unbefragbares Projekt der Weltrettung inszeniert werde, beruhe zum Teil auf

dubiosen Grundlagen und verfolge mitunter fragwürdige Ziele.
In *Mensch und Erde* wird die Geschichte einer verfehlten Ökologie erzählt, für die „Nachhaltigkeit“ oder „Geoengineerig“ bespielhaft stehen. Davon abgrenzend formuliert Jansen eine Tiefenökologie, deren Leitbilder unter anderem Nichteingreifen und Postwachstum heißen und die vor der desolaten Wirklichkeit der Digitalisierung die Augen keineswegs verschließt. Mensch oder Erde ist eine herausfordernde Auseinandersetzung mit den großen Fragen der Ökologie, eine – dem Autor zufolge - längst überfällige Aufklärung, die in zukunftstrunkener Zeit auf Geistesgegenwart setzt.
ISBN 978-3-96317-341-7

Dr. Marcus Täuber
Gute Gefühle
Nutze die emotionalen Stärken deines Gehirns

Hast du genug von Ängsten, Krisen und Stress? Dein Gehirn auch! Ich finde, wir räumen Katastrophen und mieser Stimmung zu viel Platz in unserem Gehirn ein. Höchste Zeit, die gesunden und leistungsfördernden Aspekte der Sonnenseite in unserem Kopf gebührend zu feiern.
Gute Gefühle heilen seelische Wunden und setzen ungeahnte Energien frei. Sie beflügeln dich und lassen dich Herausragendes vollbringen. Sie verbessern nicht nur die Aufmerksamkeit und Kreativität, verändern schlechte Gewohnheiten und entwickeln unsere Persönlichkeit.
Akzeptanz, Friede und Gelassenheit sind großartige Rezepte und führten mich zu diesem Buch, das sich unseren Gefühlen widmet.
Ich möchte dich einladen auf eine gemeinsame Entdeckungsreise in die Welt der guten Gefühle (Der Autor).
ISBN 978-3-99060-350-5

Wir brauchen ein System-Update

*Der diesjährige **Ausbildungsreport der DGB-Jugend** zeigt erneut die Schwächen im dualen Ausbildungssystem in Deutschland auf. Im Rahmen ihrer Berufsschultour hat die DGB-Jugend bundesweit 9.855 Auszubildende aus den 25 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen im dualen System befragt. Die Studie wurde auch in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Institut für sozialpädagogische Forschung (ism) in Mainz erstellt.*

Überstunden und so

Fast jeder dritte Auszubildende macht Überstunden, viele müssen Aufgaben erledigen, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben, und immer weniger Auszubildende würden die Ausbildung im eigenen Ausbildungsbetrieb weiterempfehlen. Das sind nur drei der Mängel, die der neue Ausbildungsreport der DGB-Jugend offenlegt.

Qualität der Berufsschulen

Bei den Betrieben und Berufsschulen liegt einiges im Argen, wie die Ergebnisse des Reports zeigen: Nur noch etwas mehr als die Hälfte der befragten Auszubildenden (53,7 Prozent) bewertet die fachliche Qualität der Berufsschule als „(sehr) gut“. Das ist ein historischer Tiefstwert in der Geschichte der Erhebung. Ohne das starke Engagement der Berufsschullehrer*innen würde es hier noch schlechter aussehen.

Schwerpunkt: Moderne Ausbildung

Das Schwerpunktthema in diesem Jahr: Moderne Ausbildung. Um die müsste es deutlich besser stehen: Vier von zehn Auszubildenden (39,8 Prozent) geben an, von ihrem Ausbildungsbetrieb nur „selten“ oder sogar „nie“ die benötigten technischen Geräte für eine digitale Ausstattung zu erhalten. Ebenfalls vier von zehn Auszubildenden (39 Prozent) bewerten die digitale Ausstattung an den Berufsschulen nur mit „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich mehr als jede*r dritte Auszubildende durch die Berufsschule nur „ausreichend“ oder „mangelhaft“ auf den Umgang mit digitalen Medien vorbereitet sieht.

Betrieblicher Ausbildungsplan

Mehr als ein Drittel der Auszubildenden (33,6 Prozent) hat keinen betrieblichen Ausbildungsplan, obwohl dieser gesetzlich vorgeschrieben ist. Somit wissen diese Auszubildenden nicht, wie ihre Ausbildung ablaufen soll und was die Lerninhalte sind.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten

Der Klassiker bei der Umfrage: Insgesamt 12,7 Prozent der befragten Auszubildenden müssen „immer“ oder „häufig“ ausbildungsfremde Tätigkeiten erledigen, die nicht Bestandteil der Ausbildung sind und nicht dem Lernerfolg dienen – ein Anstieg um fast zwei Prozentpunkte. Dabei sind solche Tätigkeiten nach § 14 Berufsbildungsgesetz verboten!

Perspektive

Mehr als vier von zehn Auszubildenden (42,3 Prozent) wissen selbst im letzten Ausbildungsjahr noch immer nicht, ob sie von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Von den Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr, die bereits wussten, dass sie nicht übernommen werden, fehlte 39,5 Prozent eine konkrete berufliche Perspektive.

Bewertung

DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker bewertet die Ergebnisse kritisch: „Wollen wir die Fachkräfte von morgen gewinnen, müssen wir sie bereits heute zeitgemäß und mit modernsten Lernmethoden ausbilden – sonst wird das nichts mit dem Wandel unserer Arbeitswelt.“ Digitalisierung und Transformation der Arbeitswelt werde so schwerlich gelingen. Der im Koalitionsvertrag angekündigte Pakt für berufliche Schulen dürfe deshalb nicht der aktuellen Sparpolitik zum Opfer fallen. Er müsse von massiven Investitionen in Ausbildungskonzepte, Gebäude, digitale wie technische Ausstattung und Lehrkräfte begleitet werden und: „Die Berufsschulen brauchen ein Systemupdate“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Wir haben viel erreicht

Für die DGB-Jugend heißt das: nicht nachlassen! Angesichts des vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes zur Ausbildungsgarantie bleibt festzuhalten, dass die jungen Gewerkschafter*innen in diesem Jahr viel erreicht haben. Neben dem Einstieg in die Ausbildungsgarantie hat die Bundesregierung ein großes Förderprogramm exklusiv für Junges Wohnen für Azubi- und Studierendenwohnheime aufgelegt.

Weitere Infos und Material: https://jugend.dgb.de/ausbildungsreport

Quelle: Soli aktuell 11/2023

„Lernen ist Erfahrung. Alles andere ist einfach nur Information.“
Albert Einstein

Der Hype um die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen

Vorbemerkung der Redaktion

Im letzten insider Nr. 3/2023 veröffentlichten wir unter dem Titel „ChatGPT gehört in jeden Klassenraum“ ein Interview mit ***Peter Holnik****, Geschäftsführer des Instituts für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen. Holnik vertritt darin vehement den verstärkten Einbezug digitaler Medien und Künstlicher Intelligenz wie ChatGPT in das Lernen und den Unterricht, auch schon in der Grundschule. Seine Begründung ist u.a.: das mediale Weltbild der Lehrenden habe sich sehr weit von der der Schüler*innen entfernt und KI, z.B. ChatGPT, böte die Chance, den Anschluss an die Welt der Schüler*innen wieder zu gewinnen.*

Helmut Gasper*, pensionierter Berufsschullehrer für Elektrotechnik und Physik, kommt bei seinen nachstehenden* ***Überlegungen nicht von der Medienpädagogik her wie*** *Holnik, sondern vertritt vehement einen auf Mündigkeit der Subjekte bezogenen Bildungsbegriff, auch in der Berufsbildung. In seinem* ***pädagogischen*** *Wirken wollte er den Lernenden nicht nur das Lernen ermöglichen, sondern v.a. das Verstehen von Naturwissenschaft und Technik. Insofern problematisiert er, ob die digitalen Medien tatsächlich einen Beitrag zum besseren Lernen und Verstehen leisten und erklärt den Hype um die digitalen Medien v.a. aus der Ökonomie als wesentliche Triebfeder.*

Zu beiden Beiträgen sind wir an Rückmeldungen und einem regen Gedankenaustausch sehr interessiert.

Die Klagen sind bekannt: Unsere Kinder können immer weniger lesen, rechnen und richtig schreiben. Dem deutschen Bildungswesen werden schlechte Noten attestiert und häufig wird die mangelnde Digitalisierung der Schulen als Ursache des Mangels benannt. Mangelnde Digitalisierung ist ein Totschlagargument, von dem niemand so genau weiß, was darunter zu verstehen ist und welchen Beitrag die sogenannte Digitalisierung zum besseren Lernen und Verstehen leistet.

Aus den Schulen sind zweierlei Antworten zu hören. Da gibt es die Klagen, es fehle an Notebooks, Tablets, elektronischen Tafeln, WLAN und Internetzugang, was sich besonders zu Zeiten der Corona Pandemie bemerkbar gemacht habe. Es gibt aber auch die Berichte, dass genügend Endgeräte, ein Schulnetzwerk und Internetzugang vorhanden seien, viele Einrichtungen aber oft nicht funktionierten. Es werde viel zu viel Zeit damit verplempert, Computer und Schulnetzwerk zum Laufen zu bringen.

Unabhängig davon, was elektronische Medien für das Lernen und Verstehen leisten, sei ein Vergleich mit Unternehmen der freien Wirtschaft erlaubt. In Betrieben mit 100 und mehr Computern ist in der Regel mindestens eine Fachkraft (z.B. ein Fachinformatiker) damit beschäftigt, die Endgeräte, das Netzwerk und die Software jederzeit betriebsbereit zu halten. In Schulen, die oft über ein vergleichbares Equipment verfügen, wird die Wartungsarbeit von den Lehrkräften neben ihrer eigentlichen Unterrichtsarbeit verrichtet. Die Unterrichtsarbeit, die Zuwendung zum Schüler und zur Schülerin leidet darunter und die Lehrerinnen und Lehrer beschweren sich über zunehmende Belastungen in ihrer Arbeit.

Beitrag zum besseren Lernen und Verstehen?

Das aber nur am Rande. Entscheidender ist die Frage, welchen Beitrag die sogenannten digitalen Medien zum besseren Lernen und Verstehen leisten sollen und welchen Vorteil diese gegenüber den herkömmlichen Medien besitzen. Jedes Medium dient dazu, Informationen in Text-, Bild- oder Sprachform anzubieten. Diese Präsentation ist bei einem Bildschirm nicht anders als bei einem Druckerzeugnis oder einem Lautsprecher analog. Digital ist lediglich die Form der Signale, mit denen die Informationen übertragen und gespeichert werden. Damit gibt es für das Lernen und Verstehen keinen Unterschied zwischen herkömmlichen und digitalen Medien. Der Lernende liest von einer Kreidetafel, einem Bildschirm oder einem Smart-Board ab, hört die Tonausgabe eines Lautsprechers oder die Sprache eines Menschen. Er nimmt zwangsläufig analoge Signale wahr, weil seine Wahrnehmungsorgane, seine Sinne, so beschaffen sind.

Ohne Zweifel besteht der Vorteil

der digitalen Medien darin, dass sie im Vergleich zu analogen schnell auf den **aktuellen Stand** gebracht oder Inhalte hinzugefügt oder abgeändert werden können. Das ist aber eine andere Frage und trägt nichts zur attestierten Verschlechterung der Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten bei. Dagegen steht der Zeitaufwand für das Erlernen des Handlings der digitalen Medien, der von dem für das Lernen zur Verfügung stehenden Zeitkontinent abgeknapst wird.

Es geht nicht darum, die digitalen Medien zu verteufeln. Mit ihrer Hilfe können einige Sachverhalte besser präsentiert werden, als das mit den herkömmlichen Medien der Fall war. Es ist aber fraglich, ob zum Beispiel für einen Sprachunterricht, in dem in einer Stunde vielleicht einige Worte oder Sätze notiert werden sollen, ein digitales Medium verwendet werden muss. Da muss der Computer für das interaktive Whiteboard hochgefahren werden, was besonders bei betagten Windows-Versionen mitunter dauert und am Ende wird der Beamer nicht ausgeschaltet, dessen Lampe dann übers Wochenende brennt und damit die nutzbare Lebensdauer einschränkt.

In der Grundschule werden die Basics Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt. Welche Vorteile bringen diesbezüglich die digitalen Medien? Erkennbar keine! Das Medium erkennt nicht, wo es hapert, warum ein Inhalt nicht verstanden wird. Dazu bedarf es der gezielten Nachfrage der Lehrerin oder des Lehrers, der interaktiven Zusammenarbeit zwischen Lernendem und Lehrendem. Der Lehrende muss dazu Zeit haben und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in einer Klasse muss auch die individuelle Zuwendung erlauben. Kleinere Klassengrößen und damit verbunden mehr Lehrerinnen und Lehrer, das wäre besonders in der Grundschule wichtiger als übertriebener Aufwand an digitalen Medien.

Auch in den über die Grundschulen hinausgehenden Bildungsgängen ist der Sinn digitaler Medien zu hinterfragen. Es sollen wissenschaftliche Resultate und das System, das diese Resultate zu einem Wissen eint, vermittelt werden. Bei digitalen Medien besteht die Gefahr, dass zu oft zu viele Vorgaben gemacht und fertige Ergebnisse vorgegeben werden, die die Schülerinnen und Schüler überfordern. Das Entwickeln von Sachverhalten im Unterrichtsgespräch, die schrittweise Synthese, ausgehend von empirischem Einzelwissen zu einem wissenschaftlichen System der Erkenntnis, bleibt in der Regel auf der Strecke. Weil es kein methodisch gesichertes Verfahren gibt, wie man das Einzelwissen zu einem Gesamtwissen synthetisiert, kann das auch ein Medium, sei es analog oder digital, nicht leisten.

Tablets machen Schüler dümmer

Über 40 Wissenschafter unterschiedlicher Disziplinen sowie Kinder- und Jugendärzte fordern von den Kultusministern ein Moratorium der Digitalisierung an Schulen. Gründe seien die sinkende Lernleistung sowie negative gesundheitliche, psychische und soziale Nebenwirkungen, teilte die Gesellschaft für Bildung und Wissen am 22.11.2023 in Offenburg mit. „Die wissenschaftliche Erkenntnis ist inzwischen, dass Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer macht“, sagte der Offenburger Medienpädagoge Ralf Lankau. Jetzt sei der Zeitpunkt, dass die Schulpolitik auf die Pädagogen und Kinderärzte höre und den Versuch des digitalen Unterrichts abbreche.
DE 23.11.2023
Näheres zur Gesellschaft für Bildung und Wissen (GBW) unter www.bildung-wissen.eu

Ökonomie als Triebfeder

Was ist aber der Grund für den Hype um die digitalen Medien, wenn sie für das Lernen und Verstehen gegenüber den analogen keinen wesentlichen Vorteil besitzen? Der Grund ist nicht in den Lernprozessen zu suchen, sondern ist wirtschaftlicher Natur. Für die Lehrmittelindustrie schafft die Umstellung auf digitale Medien einen gewaltigen Absatzmarkt und für die Soft- und Hardwareindustrie wird ein neuer Markt erschlossen. Wenn ein Schulträger diesen Markt promotet, freut das zuallererst die zuständige Industrie: „Zum heutigen Zeitpunkt sind 1589 Klassen- und Fachräume im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit einem digitalen Anzeigegerät ausgestattet. Darüber hinaus stellt der Landkreis den rund 32.000 Schülern 3543 Tablets und 581 Notebooks für den Unterricht zur Verfügung.“ Für was der gewaltige Aufwand gut sein soll, bleibt unklar, die angegebene Begründung bleibt mehr als dürftig: „Die Digitalisierung unserer Schulen ist gut, klug und richtig und bleibt eine dauerhafte Aufgabe für uns als Landkreis Darmstadt-Dieburg“, sagt Landrat Klaus Peter Schellhaas (Darmstädter Echo vom 16.10.2023).

Als Grund für den massiven Einsatz digitaler Medien werden oft die Erfordernisse des modernen Arbeitsmarktes angeführt. Man könne nicht früh genug mit der Qualifizierung für diesen Markt beginnen.

Von der Kita bis zur Oberstufe beziehungsweise Berufsschule müsse der Einsatz zeitgemäßer digitaler Medien erfolgen. Die Bildungseinrichtungen dienen diesen Aussagen zufolge im Wesentlichen zur Qualifikation der Arbeitskraft. Die Qualifikation der Arbeitskraft ist zunächst eine Aufgabe der Berufsausbildung. Allen Bildungsgängen sollte aber gemein sein, dass es in ihnen um mehr als um die bloße Befähigung zur Ausübung eines Berufes geht.

Der Mensch ist mehr als bloße Arbeitskraft. Er ist ein soziales Wesen, das der Kommunikation und Interaktion mit anderen Menschen bedarf, das Verständnis und Empathie für seine Mitmenschen erlernen muss. Grundlage dafür sind zu verstehen, was der andere sagt, zu lesen, was schon tradiert ist und die Kenntnisse des akkumulierten Wissens, das sich in vorausgegangener gesellschaftlicher Arbeit angehäuft hat und zur Grundlage des aktuellen Lebens geworden ist. Die reine Betrachtung des Menschen als Arbeitskraft reduziert ihn auf einen Teil einer gesellschaftlichen Maschinerie, als Rädchen im Getriebe, das ohne sein Selbstbewusstsein funktioniert.

Zur Bildung des Menschen tragen digitale Medien nicht mehr bei als die herkömmlichen analogen. Das meint nicht, dass wir zurück müssen zu Schiefertafel und Griffel. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung haben sich auch die Medien verändert. Sie sollen und können auch verwendet werden, nur darf darauf nicht der Schwerpunkt in den Bildungsprozessen gelegt werden.

In der Nachbetrachtung der Coronapandemie wird oft konstatiert, die Schulen seien auf eine solche Situation nicht vorbereitet gewesen. Besonders habe es an der Digitalisierung gemangelt und deshalb sei der Distanzunterricht nicht zufriedenstellend ausgefallen. Abgesehen davon, dass die Mängel beim Lesen, Schreiben und Rechnen schon vor der Pandemie attestiert wurden, wird hier eine Unterrichtsform stark gemacht, die mit weniger Lehrerinnen und Lehrern auskommt. Wenn der Distanzunterricht das seligmachende ist, können Räume und Personal eingespart werden. Gelernt wird zuhause und eine Lehrerin oder ein Lehrer können eine über die Klassengröße hinausgehende Anzahl von Schülern versorgen.

In der sogenannten freien Wirtschaft wird das schon praktiziert. Mobiles Arbeiten erlaubt kleinere Büroflächen und flachere Hierarchien. Davon zeugen schon heute freie Büroflächen in den Städten und der Wegfall von Abteilungs- und Gruppenleiterstellen. Dem unseligen Grundsatz folgend, was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Schule gut, folgt daraus: Man möge sich doch keine Sorgen um marode Schulen und fehlende Lehrkräfte machen, in einem „modernen“, digitalisierten Bildungssystem ist das Schnee von gestern.

Am achten Tag sprach Gott: „Es werde Chat Gpt“. Und so geschah es . Und er sah, dass es wahr!

Der Ansatz ist nicht neu. Schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es das Modell einer kybernetischen Didaktik, das Lernprozesse gleichsam maschinengleich rationalisieren wollte. Das Modell scheiterte seinerzeit, weil die technischen Bedingungen nicht vorhanden waren. Mit der Digitalisierung des Bildungssystems stehen jetzt die entsprechenden Mittel zur Verfügung, die es endlich auch erlauben, die in der kapitalistischen Gesellschaft für notwendig erachteten Rationalisierungsmaßnahmen auch auf diesen Bereich auszudehnen.

Helmut Gasper

Künstliche Intelligenz in der Bildung

Automatisierte Lernsysteme und KI-Anwendungen an Schulen

Die Komplexität des Themas KI ist überfordernd und kaum jemand kann alle damit zusammenhängenden Facetten vollständig überblicken. Entsprechend gibt es bei vielen Lehrkräften Unsicherheiten, Bedenken und Zweifel.

Und: Seit ChatGPT ist das Thema Künstliche Intelligenz in den Schulen angekommen. Viele Lehrkräfte fragen sich, welche Bedeutung und Rolle KI an ihrer Schule oder in ihrem Unterricht haben kann oder sollte – sei es als Lernprogramm für Schülerinnen und Schüler, als Hilfswerkzeug zum Sprachenlernen und Schreiben oder als Diskussions- und Reflexionsthema.

Daher gibt es den neuen Leitfaden *„Automatisierte Lernsysteme und KI-Anwendungen an Schulen“*. Er soll Lehrkräften und Schulleitungen oder Bildungsbehörden Orientierung über Fragen geben, die gestellt werden sollten, wenn mithilfe von KI in der Schule gelernt werden soll – ob als automatisiertes und/oder adaptives Lernsystem (Learning Analytics), intelligentes Tutor-System oder generative KI wie ChatGPT.

Der Leitfaden nennt **vier Prüfsteine** für „pädagogisch wertvolle“ technologiebasierte Lernprogramme und -settings an Schulen:

- Orientierung an der Lebenswelt und den Interessen der Lernenden
- Freiheit pädagogischer Entscheidungen der Lehrenden
- Förderung der Handlungs- und Gestaltungskompetenz von Lehrkräften und Schüler*innen
- Ermöglichung kritischer Reflexion sowie kreativ-produktiver Lernprozesse

Auch die **Forderungen der GEW** nach Transparenz, Mitbestimmung und einer politischen Technikfolgenabschätzung im Bildungswesen – und dies vor Einführung digitaler Technologien – werden explizit formuliert.

Außerdem gibt es auf der GEW-Homepage eine Menge an Material zu KI und Digitalisierung *www.gew.de*

Aus: GEW-Newsletter Bildung in der digitalen Welt 14.09.2023

Chat GPT schreibt die besseren Schulaufsätze

In einer Studie, die im Nature-Journal „Scientific Reports“ erschienen ist, hat ein Forschungsteam der Universität Passau die Qualität von maschinell generierten Inhalten mit Englisch-Aufsätzen von Schülerinnen und Schülern verglichen. Das Ergebnis: Der KI-gestützte Chatbot schneidet bei allen Kriterien besser ab, insbesondere bei der Sprachbeherrschung.

Das Sprachmodell ChatGPT macht enorme Fortschritte. Nachdem die Version 3.5 Anfang des Jahres noch am bayerischen Abitur gescheitert war, erreichte der Nachfolger 4 kaum ein halbes Jahr später eine glatte Zwei.

111 Lehrkräfte füllten den Bogen vollständig aus und bewerteten insgesamt 270 englischsprachige Aufsätze. Die größte Abweichung stellte das Forschungsteam bei der Sprachbeherrschung fest. Hier erreichte die Maschine 5,25 (GPT-4) und 5,03 Punkte (GPT-3). Die Schülerinnen und Schüler kamen durchschnittlich auf 3,9 Punkte.

24.11.2023 Bundesweit
Pressemeldung Universität Passau

Demokratien schützen – Gefahren von rechts offenlegen

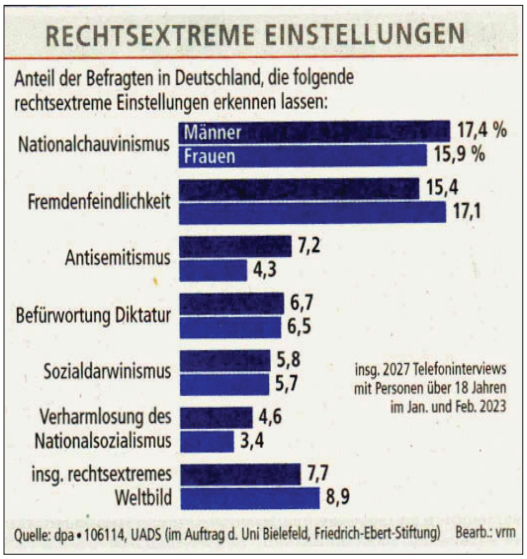
Der Landesvorstand der GEW Hessen hat beschlossen:

Um dem Rechtsruck in der Gesellschaft, der durch das Wahlergebnis der hessischen Landtagswahl sehr deutlich wurde, entschieden entgegenzuwirken, fordert die GEW-Hessen:

- Ein umfassendes Programm zur Demokratiebildung aufzulegen, wie es die GEW mit vielen Bündnisparter:innen bereits seit 2020 fordert.Die Stärkung der politischen Bildung in den Schulen: Es braucht fächerübergreifend Unterrichtskonzepte in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern in allen Schulformen, die das Demokratieverständnis der Schüler*innen stärken und ihnen die direkten Folgen von rechter Politik aufzeigen.
- Curricula, bei denen ein verstärkter Fokus auf politische Prozesse und Einflussmöglichkeiten gelegt werden muss. Das heißt, dass Demokratie, Kinderrechte und globales Lernen verpflichtende Bestandteile der Lehrpläne und der Ausbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften sein müssen. Regelmäßige Fortbildungen für diese sind bereit zu stellen.
- **Die Einführung eines verbindlichen Curriculums für den Politikunterricht in den Teilzeitberufsschulen. Der Politikunterricht darf zu keinem reinen „Prüfungsvorbereitungsunterricht“ verfallen (x).**
- Politikunterricht darf nur durch qualifiziertes Personal durchgeführt werden. Der stiefmütterliche Umgang mit Politikunterricht als lästiges Nebenfach, das jede:r unterrichten kann, muss enden. Didaktisches und politisches Wissen des Lehrpersonals sind, wie in allen anderen Fächern, elementar. Es bedarf ausreichend Ressourcen und dauerhafte Beschäftigung in der Ausbildung der Lehrkräfte in Politik und Wirtschaft an den hessischen Hochschulen.
- Die Regierungsparteien werden aufgefordert, an ihrem Ausschluss der Koalition mit der AfD festzuhalten und auch nicht mit ihnen im Parlament zusammen zu arbeiten.
- Die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung durch mehr finanzielle Ressourcen.

Die GEW bekräftigt ihre Unvereinbarkeit mit den Zielen der Alternative für Deutschland und entwickelt in den nächsten Jahren Maßnahmen, Veranstaltungen und Kampagnen gegenüber der Politik und in Bildungseinrichtungen, um die demokratische Bildung der Gesellschaft zu stärken. Es ist unsere Verantwortung, die Demokratie zu schützen und die Gefahren von rechts offenzulegen. Die Forderungen in allen Wahlprogrammen der demokratischen Parteien nach mehr Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus muss jetzt umgesetzt werden.

LVO-Beschluss am 23.11.2023



(x) Anmerkung: Der hessische Bildungsplan von 1965 (!!!) für den sozialkundlich-politischen Unterricht ist der letzte gültige Lehrplan für den Politikunterricht an den (Teilzeit-)Berufsschulen und für viele Jahrzehnte auch an den beruflichen Vollzeitschulformen. Ca. 80 Prozent der 184.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden (Fachschule) an den Berufsbildenden Schulen in Hessen werden demnach bis heute ohne gültigen Lehrplan im Fach Politik und Wirtschaft unterrichtet.

(Dieter Staudt)

Nach Oskar Negt „ist die Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Einem autoritären und populistischen Politikverständnis kann nur mit einer lebendigen und vor Ort gelebten Demokratie entgegengetreten werden. Dazu bedarf es aktiver Auseinandersetzung mit Politik, der Erfahrung von Wirkungsmächtigkeit, eigener Urteilsfähigkeit, Reflexion und Selbstständigkeit”

Demokratiebildung in der Schule

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Politische Bildung sollte schon bei jungen Menschen ansetzen – Schule ist einer der wenigen Orte, der diese in großer Zahl erreicht. Doch wie viel Platz lässt der deutsche Schulalltag für Demokratiebildung – angesichts von Herausforderungen wie Lehrkräftemangel, Inklusion oder Integration?

Eine bundesweit erstarkende AfD, die Aiwanger-Affäre in Bayern, gescheiterte Umsturzpläne der Reichsbürgerbewegung: Die Liste der jüngsten antidemokratischen Entwicklungen und Vorfälle in der Bundesrepublik ist lang – und lässt auch Schulen nicht außen vor.

Den Wert der Demokratiebildung hat auch die Kultusministerkonferenz der Länder erfasst und in der Empfehlung „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ verankert. Dort heißt es: „Die gelebte Demokratie muss ein grundlegendes Qualitätsmerkmal unserer Schulen sein.“

Ein steiniger Pfad: von der Theorie in die Praxis

Wie und in welchem Maß Demokratieverständnis vermittelt wird, unterscheidet sich in Bildungseinrichtungen mitunter stark, Expert:innen sind sich aber einig: Insbesondere die politische Bildung an Schulen muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dabei geht es sowohl um den Unterricht und das Fach Politik, als auch um die Strukturen an Schulen.

Aber: Demokratie werde an vielen Schulen nicht gelebt, bilanziert Karim Fereidooni im didacta-Bildungspodcast. Letztlich sei es die Lehrkraft vorne am Pult, die über alles entscheide, so der Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Das Ergebnis: *„In einer eher undemokratischen Institution sollen die Schüler:innen demokratische Spielregeln lernen“*.

Demokratiebildung als Feigenblatt?

Über diese Problematik hat der Bildungsforscher Klaus Zierer jüngst ein Buch geschrieben, gemeinsam mit dem Philosophen Julian Nida-Rümelin. Es heißt: *„Demokratie in die Köpfe. Warum sich unsere Zukunft in den Schulen entscheidet“*. „Leider müssen wir feststellen, dass in der Schulwirklichkeit häufig Demokratiebildung wie so ein Feigenblatt wirkt. Jeder sagt: Das ist wichtig. Aber letztendlich passiert nichts Systematisches.“

Als beispielhaft für Demokratiebildung nennt er: Schülerparlamente, Klassenräte oder Projektunterricht, Epochenunterricht sowie Dilemmadiskussion. Doch im SWR-Interview stellt er einen Aspekt ganz besonders heraus: die Lehrpläne. „Die sind zum Teil veraltet, die gehören reformiert. Ich spreche gerne von einer Entrümpelung und einer Neugewichtung und ich glaube, das sind wichtige Elemente, um schnellstmöglich hier im Bildungssystem eine Veränderung herbeiführen zu können.“

Tatsächlich kommt eine Demokratiestudie der Hertie Stiftung zu einem ähnlichen Ergebnis. Eine Analyse der Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern zeigt: Für komplexe Themenfelder im Kontext demokratischer Bildung steht eher wenig Zeit zur Verfügung. Politikunterricht werde zudem in unterschiedlichem Umfang angeboten. Am stärksten sei er an Gymnasien vertreten, am schwächsten an Berufs- und Berufsfachschulen.

Priorität Demokratiebildung!?

Die Aufgabe der Lehrkräfte ist dabei durchaus umfassend: Kinder und Jugendliche hätten teilweise gravierende Wissenslücken bei Themen wie dem Holocaust, betont Cahit Başar, Oberstudienrat am Kölner Georg-Büchner-Gymnasium, gegenüber BildungsklickTV. „Obwohl wir das tatsächlich immer wieder aufarbeiten, […] kämpfen wir hier nicht nur einerseits mit Wissenslücken und mit historischem Desinteresse, sondern auch mit Fake News.“

Unterstützung bietet Lehrkräften beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Auf deren Website finden sich unter anderem multimediale Beiträge über Bildung und Demokratie und frei verfügbare Materialien zum Lehren und Lernen.

Allerdings: Obwohl im Koalitionsvertrag steht „Politische Bildung und Demokratieförderung sind mehr gefordert denn je, […]“, plant Bundesfinanzminister Christian Lindner, die Mittel der bpb zu kürzen. CDU-Politiker Norbert Röttgen schrieb dazu auf „X“, ehemals Twitter, der Schritt käme zur „völligen Unzeit“.

Quelle:
didacta #Themendienst gekürzt

Wer gibt den beruflichen Schulen in Hessen den Namen?

Die meisten berufsbildenden Schulen in Hessen haben einen Namen, den sie einstmals bewusst mit ihrer Identität und Zielvorstellung gewählt haben. Insoweit stellen wir in jedem insider Schulen mit ihren Namensgeber/innen vor und geben somit auch ein Stück Erinnerung und Bewusstwerdung. In dieser Ausgabe werden die Elisabeth-Knipping-Schule in Kassel und die Werner-von-Siemens-Schule in Frankfurt vorgestellt. Wer für die nächste Ausgabe etwas zu seiner/ihrer Schule schreiben möchte, ist dazu herzlich eingeladen. (Die Redaktion).

Elisabeth-Knipping-Schule Kassel (EKS)

Namensgeberin

Elisabeth Knipping wurde 1869 geboren und starb 1951 in Kassel. Sie absolvierte nach dem Volksschulbesuch Handelsschulkurse. Ihr beruflicher Werdegang führte sie von untergeordneter Schreibtischarbeit im Schulsekretariat mittels autodidaktisch erworbener pädagogischer Studien zunächst zur Handelslehrerin.

Ab 1904 leitete sie die „Gewerbe- und Handelsschule des Frauen- und Bildungsvereins“. 1912 übernahm sie die Leitung aller bis dahin bestehenden „Gewerbe- und Handelsschulen des Frauen- und Bildungsvereins“, die sich unter ihrer Führung zu gefragten und deutschlandweit anerkannten Ausbildungsstätten für kaufmännische, hauswirtschaftliche und gewerbliche Berufe entwickelten.

Auch nach der Übernahme der Bildungseinrichtung durch die Stadt Kassel im Jahre 1920 behielt sie die Leitung.

In der Weimarer Republik war Elisabeth Knipping darüber hinaus politisch in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aktiv.

Bei den ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1919, an denen Frauen teilnehmen konnten, kandidierte sie für die liberale Partei.

Die Pensionierung u. a. auch aus gesundheitlichen Gründen am 1. April 1933 bewahrte Elisabeth Knipping vor dem Schicksal vieler anderer demokratisch-humanistisch gesinnter Frauen, die gewaltsam und häufig auf erniedrigende Weise aus dem Amt gedrängt wurden, denn die engagierte Verfechterin für die Frauenbildung war zu keiner Zeit eine Anhängerin der NS-Politik mit der spezifischen Definition der Rolle der Frau. Die Schule wurde schließlich gleichgeschaltet und der Unterricht im Jahr 1944 kriegsbedingt eingestellt.

Die Schule

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Schulbetrieb neu aufgenommen. Im Jahre 1956 beschloss die Stadt Kassel, die Bildungseinrichtung in „Elisabeth-Knipping-Schule – Hauswirtschaftliche Berufsfachschule und Frauenfachschule der Stadt Kassel“ umzubenennen.

Die Elisabeth-Knipping-Schule mit über 180 Lehrkräften und 2500 Schüler*innen und Studierenden hat ein vielfältiges Bildungsangebot. Die derzeitige Situation ist gekennzeichnet durch eine starke Differenzierung in fünf unterschiedliche Berufsfelder (Ernährung und Hauswirtschaft, Körperpflege, Naturwissenschaften, Sozialwesen, Textiltechnik und Bekleidung).

Das Bildungsangebot umfasst die Bildungsgänge der Berufsvorbereitung, der beruflichen Grundbildung, der Berufsausbildung, der Studienqualifizierung bis hin zur Weiterbildung. Im Jahr 1972 erfolgte die Einrichtung eines Beruflichen Gymnasiums mit dem Schwerpunkt Ernährung und Hauswirtschaft. 1982 wurde die erweiterte Elisabeth-Knipping-Schule am neuen Standort Mombachstraße 14 in Kassel eingerichtet.

Vielfältige Aktivitäten prägen das Schulleben über den normalen Unterricht hinaus.

- 2019 Auszeichnung „Grenzenlos-Schule“ mit dem Projekt „Grenzenlos-Globales Lernen in der beruflichen Bildung“
- 2023 Auszeichnung zur MINT-freundlichen Schule
- ein ausgeprägtes Beratungssystem
- vielfältige Kooperationen mit Betrieben, Kammern, Sozialpädagogischer Praxis etc.
- Selbstlernzentrum

Werner-von-Siemens-Schule Frankfurt

Namensgeber

Ernst Werner Siemens, ab 1888 **von Siemens** (* 13. Dezember 1816, † 6. Dezember 1892) war ein deutscher Erfinder, Elektroingenieur und Industrieller. Er entdeckte das elektrodynamische Prinzip und gilt als Begründer der modernen Elektrotechnik.

Ohne Schulabschluss wurde er im Herbst 1835 als Offiziersanwärter an die Berliner Artillerie- und Ingenieurschule kommandiert. Hier bekam er eine umfassende Ausbildung auf naturwissenschaftlichen Gebieten wie Mathematik, Physik, Chemie, Geometrie und Ballistik und besuchte nebenher Vorlesungen an der Berliner Universität.

Mit der Entwicklung des ersten elektrischen Generators (1866) auf der Grundlage des von ihm wissenschaftlich begründeten dynamoelektrischen Prinzips gehört Werner Siemens zu den Wegbereitern der Starkstromtechnik. Elektrische Energie, die jetzt in großem Umfang produziert werden konnte, ermöglichte die Verwendung des flexibel einzusetzenden Elektromotors, der gemeinsam mit den Verbrennungsmotoren die Dampfmaschine ablöste und die zweite industrielle Revolution einleitete. Siemens unterstützte die Deutsche Revolution 1848/49. Im Jahr 1860 wurde er Mitglied des liberalen *Deutschen Nationalvereins und* war 1861 Mitbegründer der *Deutschen Fortschrittspartei* (DFP).

Zusammen mit Johann Georg Halske gründete Werner Siemens am 12. Oktober 1847 die *Telegraphen Bau-Anstalt von Siemens & Halske in Berlin*, aus der die heutige Siemens AG hervorging. Das Unternehmen entwickelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einer kleinen Werkstatt zu einem der weltweit größten Elektro- und Technologiekonzerne.

Siemens machte sich schon früh Gedanken um das Schicksal seiner Mitarbeiter. Die normale Entlohnung erschien ihm nicht ausreichend: „Mir würde das Geld wie glühendes Eisen in der Hand brennen, wenn ich den treuen Gehilfen nicht den erwarteten Anteil gäbe“. 1872 gründete Siemens die Pensions-, Witwen- und Waisenkasse und führte 1873 eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden ein.

Die Schule

Die Werner-von-Siemens-Schule in Frankfurt ist eine Berufliche Schule für die Bereiche Elektrotechnik bzw. Elektronik, Automatisierungs- und Informationstechnik sowie Mediengestaltung. Ca. 2300 Schüler* innen besuchen zurzeit die Schule, davon in der Beruflichen Schule ca. 2210 Schüler*innen in den Schwerpunkten Elektrotechnik und Informationstechnik und einem Zweig der Mediengestaltung in Form von Landesfachklassen. Ca. 90 Schüler*innen und Studierende gehören den Vollzeitschulformen Fachoberschule, Fachschule und den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung an.

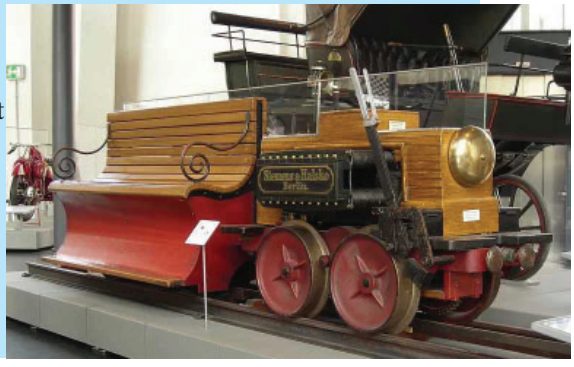
Schülerinnen und Schüler mit 70 verschiedenen Nationalitäten lernen hier gemeinsam. Gesellschaftliche und politische Themen haben einen zentralen Stellenwert und wecken das Interesse der Schülerinnen und Schüler an den damit verbundenen Ereignissen und deren Auswirkungen.

Ein intensives Beratungsangebot in Berufswegeplanung, Ausbildungsbegleitung, Sozialpädagogische Förderung sowie Suchtprävention und Gesundheit ist wichtiger Bestandteil der Schule. Die Schüler*innen verlassen mit einer überdurchschnittlich hohen Bestehensquote die WvS (ca. 85%-90% z.B. bei den Fachinformatikern, ca. 74-90% bei Handwerksberufen und IHK-Prüfungen der Elektrotechnik).

Ein reflektierender und verantwortungsbewusster Umgang mit aktuellen technologischen und methodischen Entwicklungen ist zentrales und tragendes Prinzip.

Dieter Staudt

Zusammenstellungen aus Internetauftritten

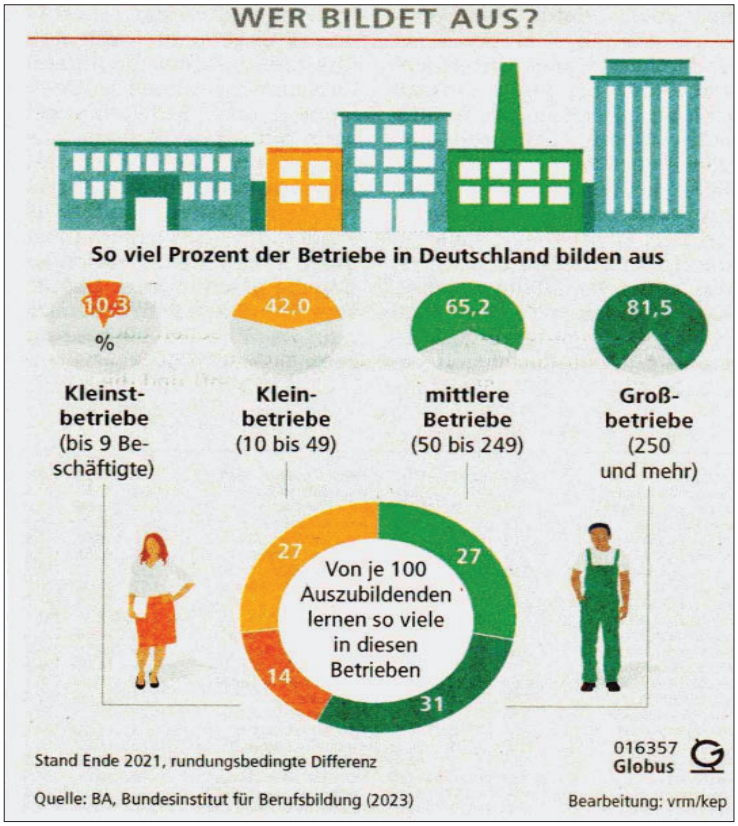


Duales Studium - Gleiche Rechte für alle

Qualitätsreport der DGB-Jugend: Das duale Studium hat noch enormen Verbesserungsbedarf.

Anspruch verfehlt

Das duale Studium wird seinem Anspruch, akademische und berufliche Ausbildung gut zu verbinden, oft nicht gerecht. Zudem fehlt vielen der mehr als 120.000 dual Studierenden der gesetzliche Schutz des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Dies sind zwei zentrale Ergebnisse des repräsentativen Qualitätsreports Duales Studium, den die DGB-Jugend vorgelegt hat.



Große Studie

Die DGB-Jugend hatte Sirikit Krone vom Institut Arbeit und Qualifikation der Uni Essen-Duisburg mit einer Befragung dual Studierender beauftragt. Ziel war es zu erfahren, wie die Lernbedingungen im Betrieb für dual Studierende aussehen, wie ihre vertragliche Situation ist und welche Schwierigkeiten sie möglicherweise im Studium haben. Insgesamt befragte das Institut im Sommer 2022 3.516 dual Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet.

Zentrale Daten

Die Ergebnisse zeigen: Das duale Studium ist auf dem Papier innovativer als in der Realität. So kann fast jede*r Fünfte (17,8 Prozent) den Lebensunterhalt kaum von der Ausbildungsvergütung bestreiten, weitere 36,6 Prozent haben Probleme damit. Mehr als 60 Prozent der dual Studierenden fühlen sich überlastet. 75 Prozent der Befragten bemängeln die schlechte Verzahnung von Theorie und Praxis, und auch bei der Betreuung im Betrieb sieht ein Drittel der Befragten Probleme.

Fast die Hälfte der befragten dual Studierenden muss für benötigte Ausbildungsmittel finanziell selbst aufkommen, mehr als zwei Drittel sind mit Bindungsklauseln nach Studienabschluss an ihr Unternehmen gebunden, eine Mindestvergütung im dualen Studium gibt es nicht. Dual Studierende sind viel zu oft vom guten Willen ihres Arbeitgebers abhängig und haben nicht die gleichen Rechte wie die Auszubildenden einer klassischen Berufsausbildung. Das muss sich ändern!

Unsere Forderungen

Die DGB-Jugend wird deshalb Politik, Betriebe und Hochschulen in die Pflicht nehmen, die Qualität des dualen Studiums zu verbessern. Das BBiG trägt – analog die Handwerksordnung – zur Qualitätssicherung der dualen Ausbildung bei.

Es schützt dual Auszubildende vor unlauteren Absprachen und hohen Ausbildungskosten, sichert eine Mindestvergütung zu und formuliert wichtige Rechtsansprüche. Einen solchen Schutz brauchen auch dual Studierende!

Die DGB-Jugend fordert daher, dass die Praxisphasen im dualen Studium im BBiG geregelt oder analoge gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die den Mindeststandard des BBiG nicht unterschreiten.

Susanne Braun,
politische Referentin für
Studierendenarbeit bei der DGB-Jugend.

Fakten zum dualen Studium

Zentrale Ergebnisse

Kosten

Bei 80 Prozent der Befragten liegen Betrieb und Hochschule nicht am selben Ort, weshalb knapp 25 Prozent über zwei Wohnorte verfügen. Durch Pendeln, doppelte Haushaltsführung und zum Teil Studiengebühren entstehen erhebliche Mehrkosten. Zwei Drittel (66,2 Prozent) der Befragten erhalten dafür keine Zuschüsse von Arbeitgeberseite.

Vergütung

Mehr als jede*r Dritte (33,7 Prozent) hat Probleme, den Lebensunterhalt von der Vergütung zu bestreiten. Denn hohe Kosten treffen auf zum Teil geringe Vergütung. Fast jede*r fünfte Befragte (18,7 Prozent) erhält weniger als 935 Euro im Monat. In kleinen und mittelständischen Unternehmen ist es sogar mehr als jede*r Dritte (38,1 Prozent).

Bindungs- und Rückzahlungspflicht

66,9 Prozent der dual Studierenden haben sich vertraglich verpflichtet, nach ihrem Studium im Betrieb zu bleiben.

Studiengebühren

An privaten Hochschulen müssen 84,3 Prozent der Befragten Studiengebühren zahlen. Für fast die Hälfte der Befragten (48,7 Prozent) sind das über 1.000 Euro monatlich, für fast jede*n Vierte*n (24,7 Prozent) liegt der Betrag zumindest über 500 Euro. Dabei muss mehr als jede*r dritte Studierende (39,8 Prozent) diese Kosten komplett allein tragen.

Fachliche Anleitung

Bei etwa einem Drittel der Befragten (32,7 Prozent) steht im Betrieb die Vermittlung von Wissen „(überhaupt) nicht“ im Vordergrund. 41,8 Prozent fühlen sich nicht (sehr) gut durch Ausbildungspersonal betreut. Mehr als jeder*jedem Fünften (21,1 Prozent) fehlt eine Rückmeldung zu Leistungen und Lernerfolgen.

Verzahnung Lerninhalte

75 Prozent der dual Studierenden geben an, dass Theorie und Praxis nicht (sehr) gut miteinander verzahnt sind. 71,1 Prozent sagen, dass sie keine Abstimmung zwischen Hochschule und Betrieb wahrnehmen.

Betrieblicher Ausbildungsplan

Jede*r Dritte (32,9 Prozent) der befragten dual Studierenden gibt an, dass für sie*ihn kein Ausbildungsplan gilt – und mehr als jede*r Zehnte (10,3 Prozent) wusste nicht, ob einer gilt. Dort wo ein Ausbildungsplan vorliegt, wird dieser auch bei 86 Prozent der Befragten eingehalten.

Lernmittel

Fast jede*r Vierte (24,3 Prozent) bescheinigt dem ausbildenden Unternehmen, dass die Ausstattung mit notwendigen Lern- und Ausbildungsmitteln defizitär ist. Fast jede*r Zweite (46,4 Prozent) muss für Ausbildungsmittel finanziell selbst aufkommen.

Anerkennung betrieblicher Leistungen

Bei 43,9 Prozent der dual Studierenden werden ihre betrieblichen Praxiszeiten nicht als Studienleistung anerkannt. Der veranschlagte Workload für das Erreichen eines Studienabschlusses lässt so – je nach Vereinbarung zwischen Hochschule und Betrieb – zwischen 25 und 50 Prozent des Lern- und Arbeitsaufwands der Studierenden völlig unberücksichtigt.

Perspektive

41,8 Prozent der dual Studierenden haben keine Übernahmevereinbarung. 25 Prozent derjenigen, die in den Betrieb übernommen werden, sind befristet.

Quelle: Soli aktuell 11/2023
Download des Reports: https://jugend.dgb.de/qualitaetsreport-duales-studium

ERASMUS +

Die Europäische Kommission hat am 28. November 2023 den Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen für das Jahr 2024 veröffentlicht. Mit einem vorläufigen Budget von 4,3 Mrd. Euro für das nächste Jahr wird Erasmus+ weiterhin Auslandserfahrungen von Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern, Studierenden sowie Lernenden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung in großem Umfang fördern.

Mehr Verträge, mehr Angebote, steigende Nachfrage – aber: Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze auf neuem Höchststand

Lichtblicke auf dem Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt erholt sich langsam von den starken Einbußen, die es mit Beginn der Coronapandemie zu verzeichnen gab. Im Berichtsjahr 2023 wurden bundesweit 489.200 duale Ausbildungsverträge neu abgeschlossen.

Das entspricht einem Plus von 3,0 % (+14.000) im Vergleich zum Vorjahr. Seit dem Einbruch im Jahr 2020 ist die Zahl der neuen Ausbildungsverträge zwar um rund 21.700 (+4,6 %) gestiegen. Insgesamt verbleibt die Zahl der Neuabschlüsse aber weiterhin um 35.900 Verträge (-6,8 %) unter dem Niveau von 2019 vor Ausbruch der Coronapandemie.

Nach den Rückgängen in den Vorjahren stieg im Jahr 2023 die Nachfrage der Jugendlichen nach einer dualen Berufsausbildung um 17.300 auf 552.900 (+3,2 %) an. Auch das Angebot an Ausbildungsstellen nahm in vergleichbarem Umfang zu (+18.600 beziehungsweise +3,4 %) und liegt nun bei 562.600. Damit übertraf das Angebot zum zweiten Mal in Folge die Nachfrage der Jugendlichen.

Dies sind zentrale **Ergebnisse der Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2023 auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum Stichtag 30. September sowie der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Allerdings nahmen auch die Schwierigkeiten weiter zu, das Ausbildungsangebot der Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen. Sowohl der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen als auch der Anteil der erfolglos suchenden Ausbildungsplatznachfrager/-innen ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Bundesweit blieben 2023 rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt. Das sind 13,4 % des gesamten betrieblichen Angebots – ein neuer Höchstwert. Gleichzeitig hatten 63.700 junge Menschen zum Stichtag 30. September noch keinen Ausbildungsplatz gefunden und hielten deshalb ihren Vermittlungswunsch weiter aufrecht. 11,5 % der Jugendlichen blieben damit bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos.

Die verbesserte Ausbildungsbilanz ist für **BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser** zwar ein „erfreuliches Ergebnis“, das uns aber nicht zufrieden stellen könne. „Die Zahlen liegen immer noch deutlich hinter denen aus dem Jahr 2019, dem Jahr vor der Coronapandemie, zurück.

Dazu haben die Passungsprobleme weiter zugenommen, die zielführende Maßnahmen erfordern. Gefragt sind insbesondere eine die Jugendlichen erreichende Berufsorientierung sowie verbesserte Maßnahmen zur Unterstützung der Mobilität von Auszubildenden. Auch Klein- und Kleinstbetriebe brauchen mehr Unterstützung, wenn es um die jugendgerechte Akquise von Schulabgängerinnen und Schulabgängern geht, vor allem bei der digitalen Kommunikation in den sozialen Netzwerken.“

„Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“
Albert Einstein

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Besetzungsprobleme rückt das Vorgehen der Betriebe bei der Suche nach künftigen Auszubildenden verstärkt in den Blickpunkt. Im Durchschnitt nutzen Unternehmen fünf bis sechs unterschiedliche Rekrutierungskanäle, um Jugendliche auf ihr Ausbildungsangebot aufmerksam zu machen und sie als Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen. Das zeigen Ergebnisse einer weiteren aktuellen **BIBB-Analyse**, die auf den Angaben von rund 1.600 Ausbildungsbetrieben basieren, die im Jahr 2022 innerhalb des „BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung“ befragt wurden.

Demnach setzen weite Teile der Betriebe besonders auf indirekte Rekrutierungskanäle, die eine große Reichweite haben. Favorit ist hier mit 75 Prozent der Weg über die Vermittlungsdienste der örtlichen Arbeitsagentur.

Die sozialen Medien werden inzwischen von fast der Hälfte der Betriebe für die Verbreitung von Ausbildungsangeboten genutzt. Das Betriebspraktikum wird zwar auch von 70 Prozent der Betriebe genutzt, doch legt nur ein kleinerer Anteil der Betriebe den Schwerpunkt bei der Suche nach Auszubildenden insgesamt auf direkte Rekrutierungskanäle – also auf Wege, über die potenzielle Bewerberinnen und Bewerber unmittelbar angesprochen werden.

BIBB-PM 39/2023 | Bonn, 13.12.2023

Vertragslösungsquote in der dualen Berufsausbildung auf neuem Höchststand

BIBB analysiert Ursachen und stellt eine Übersicht zu präventiven Maßnahmen bereit

Die **Lösungsquote** bei den dualen Ausbildungsverträgen ist bundesweit im Jahr 2022 auf 29,5 Prozent gestiegen, was einem neuen Höchststand entspricht (2019: 26,9 Prozent). Die Lösungsquote gibt an, wie viele der begonnenen Verträge vorzeitig gelöst wurden und ist keine Abbruchquote, denn viele Auszubildende schließen nach einer Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.) berechnet das **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)** jährlich die Vertragslösungsquote. Das BIBB diskutiert in ersten Analysen mögliche Ursachen für den Anstieg der Lösungsquote und beschreibt Maßnahmen, die vor und während der Ausbildung helfen, das Vertragslösungsrisiko zu senken.

Im Berichtsjahr 2022 wurden insgesamt 155.325 duale Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Gut ein Drittel dieser Vertragslösungen erfolgte in der Probezeit, ein weiteres Drittel danach, aber noch im ersten Ausbildungsjahr. Weitere knapp 23 Prozent erfolgten im zweiten Ausbildungsjahr. Spätere Vertragslösungen kommen eher seltener vor.

Erste **Analysen** zeigen: Je günstiger die Ausbildungsmarktlage aus Sicht der Jugendlichen, umso höher fällt die Lösungsquote aus. Es liegt daher die Annahme nahe, dass Auszubildende bei auftretenden Problemen im Ausbildungsverhältnis eher ihre Ausbildungsentscheidung revidieren und einen Wechsel vornehmen, wenn sie aufgrund der für sie aktuell günstigen Marktlage relativ einfach einen alternativen Ausbildungsplatz finden können.

Das hessische QuABB

Das hessische Landesprogramm QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule) hat das Ziel, Ausbildungsabbrüche im dualen System zu verhindern. Um Ausbildungsverhältnisse zu stabilisieren, unterstützt QuABB Auszubildende, ausbildende Betriebe und Berufsschulen, wenn in der dualen Ausbildung Schwierigkeiten auftauchen. Sie kann neben einem individuellen Coaching der Auszubildenden auch eine Mediation im Ausbildungsbetrieb, die Unterstützung bei Behördengängen, die Vermittlung an andere Unterstützungsangebote und andere Maßnahmen umfassen. QuABB ist die erste Anlaufstelle bei Schwierigkeiten während der Ausbildung – egal ob in der Berufsschule, im Betrieb oder im privaten Umfeld. Für alle an der Ausbildung Beteiligten bieten die Ausbildungsbegleiter*innen in den Berufsschulen Sprechzeiten an und sind darüber hinaus telefonisch und per E-Mail erreichbar. Die Beratung ist immer vertraulich und kostenlos.

Die **Ursachen** für vorzeitige Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung sind vielfältig. Sie können im Bereich revidierter Berufswahlentscheidungen oder in den Anforderungen und der Attraktivität des Berufs liegen, im Ausbildungsverhalten von Auszubildenden oder Ausbilderinnen und Ausbildern, wie auch in Konflikten zwischen Ausbildungspersonal und Auszubildenden. Neben der Ausbildungsmarktlage können zudem weitere Rahmenbedingungen wie z.B. die betrieblichen Ausbildungsbedingungen das Vertragslösungsgeschehen beeinflussen.

Um vorzeitige Vertragslösungen zu verhindern, sind **Unterstützungsangebote** für Jugendliche wichtig. Sowohl bei der beruflichen Orientierung als auch nach Ausbildungsaufnahme können die Jugendberufsagenturen vor Ort die jungen Erwachsenen beraten oder bei Bedarf Unterstützung zur Begleitung des Ausbildungsverhältnisses organisieren. Auch die Ausbildungsberatung der Kammern unterstützt bei Fragen rund um das Ausbildungsverhältnis. Bei Problemen können Unternehmen zudem ihre Möglichkeiten nutzen, sich zu einem attraktiveren Ausbildungsort weiterzuentwickeln. So könnten sie zum Beispiel versuchen, ihre **Ausbildungsqualität** zu erhöhen. Nach Ausbildungsbeginn ist es wichtig, die betriebliche und berufliche Sozialisation im Betrieb zu stärken und bei Herausforderungen Hilfe von außen hinzuzuziehen.

BIBB-PM 36/2023 09.11.2023

Ausführliche Informationen finden sich im **Informationspapier** zu den aktuellen statistischen Befunden sowie mit einem Überblick über Angebote und Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise zur Reduktion vorzeitiger Vertragslösungen: *https://www.bibb.de/dokumente/pdf/dazubi_informationsbeitrag_vertragsloesungen-befunde-massnahmen-ueberblick.pdf*

MI(N)TEINANDER DIE ENERGIEWENDE STEMMEN

Noch nie waren so viele Ausbildungsstellen frei und dennoch so viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Ausgerechnet die Berufe, die für eine Energiewende nötig sind, finden keinen Nachwuchs. Liegt das auch an der mangelhaften Vorbereitung in der Schule?

Mehr als 16.900 unbesetzte Stellen in der Bauelektrik, 14.000 fehlende Fachkräfte im Bereich Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik: In einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zu den größten Fachkräftelücken landeten die beiden Berufe auf Platz vier und sechs. Beide stehen dabei exemplarisch für die prekäre Situation im gesamten sogenannten MINT-Bereich: Etwa 496.500 Stellen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik waren im April unbesetzt. Gleichzeitig bleibt laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung jeder siebte Jugendliche noch vier Jahre nach dem Schulabschluss ohne Ausbildungsplatz. Ein hier genannter Grund: Schwierigkeiten bei der Auswahl der passenden Ausbildung oder des passenden Studiums. Das Fazit der Studie: Es braucht eine stärkere Berufsorientierung an den Schulen.

Mangelhafte Grundfähigkeiten

Das ist allerdings nur ein Teil der Problematik: Laut Susanne Haus, Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main mit mehr als 7.300 Betrieben, hängen die Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsstellen auch mit unzureichenden Kompetenzen zusammen. Ausbildungsanwärter:innen würden „lebensuntüchtig“ aus den Schulen entlassen. Im Handwerk scheiterten sie beispielsweise an „praktischen Grundfähigkeiten, die früher noch geläufig waren.“ Braucht es also mehr praktische Berührungspunkte an den Schulen – beispielsweise mit dem Handwerk, das händeringend nach Nachwuchs sucht? Denn das Handwerk kämpft mit Imageproblemen, die auch die Rekrutierung junger Menschen erschweren – dabei sind viele Vorstellungen von Berufsbildern längst überholt.

MINT-Ausbildungsberufe: abwechslungsreich bis anspruchsvoll

Viele Berufsbilder im Handwerk sind vielfältiger, technischer und damit auch komplexer geworden, nicht zuletzt durch den Klimawandel: Fachkräfte für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik haben früher vor allem Öl- und Gasheizungen verbaut. Heute muss sich eine SHK-Anlagenmechanikerin unter anderem mit der Gebäude-Energieversorgung, Heizungstechnik mit Erneuerbaren Energien sowie Technologien für Lüftung, Klima und Kälte auskennen. All das lernt sie in einer dreieinhalbjährigen Ausbildung. Bauelektriker wiederum – die offizielle Bezeichnung lautet „Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik“ – sind grob gesagt für die elektrische Infrastruktur in Gebäuden zuständig. Sie legen Stromleitungen, installieren Anschlüsse, führen Prüfungen und Wartungen durch.

Früh positive MINT-Erfahrungen schaffen

Ob SHK-Fachkraft oder Bauelektriker:in: Beide Berufe sind maßgeblich an der Energiewende beteiligt und nehmen damit eine wichtige gesellschaftliche Rolle ein. Doch junge Menschen mit Kompetenzen in Mathe, Physik, Chemie oder Biologie werden allerorts händeringend gesucht – auch an Bildungseinrichtungen.

Hier herrscht ebenfalls ein eklatanter Fachkräftemangel: Bildungsforscher Klaus Klemm prognostiziert, dass bis zum Schuljahr 2030/2031 allein in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr rund 2.160 Fachlehrkräfte in den Fächern Mathematik, Biologie, Physik, Chemie, Informatik und Technik fehlen werden. Nicht viel besser sieht es an den Berufsschulen aus. Hier fielen bereits 2022 Tausende Unterrichtsstunden aus. Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung schätzt, dass deutschlandweit zwischen 10.000 und 15.000 Lehrkräfte fehlen – vor allem im MINT-Bereich.

Vor allem Mädchen tun sich mit MINT offenbar schwer. Schon in der 4. Klasse haben sie gegenüber Jungen in den betreffenden Fächern einen Leistungsrückstand von rund 15 Lernwochen, wie das MINT-Nachwuchsbarometer 2023 zeigt. Lehrkräfte und Erziehende in der frühen Bildung und Grundschule müssten stärker auf die Interessen der Mädchen eingehen und ihnen die gesellschaftliche Relevanz der MINT-Fächer aufzeigen. Denn MINT-Fachkräfte können – egal, ob als Lehrkraft an einer Berufsschule oder als Fachkraft in der Bauelektrik – viel für das Klima tun. Ein Thema, das vielen jungen Menschen am Herzen liegt. Könnte da nicht der Wunsch naheliegen, später auch im Beruf an einer nachhaltigen Energiewende mitzuwirken?

Didacta-Pressedienst

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann
Email: *m.hohmann@gmx.net*
Drucklegung: Dezember 2023

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: *dstaudt@t-online.de*

Ralf Becker

Auflage: 4300

Druckerei:

Druckerei Bender GmbH
Hauptstraße 27
35435 Wettenberg/Gießen

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Auszubildende entscheiden sich zunehmend für Berufe mit umweltfreundlichen Tätigkeiten

Die Zahl der neuen Ausbildungsverhältnisse für Berufe mit umwelt- oder klimafreundlichen Tätigkeitsinhalten, den sogenannten Green Skills, lag im Jahr 2021 um rund 14 Prozent höher als noch 2013. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Zu diesen Berufen gehören unter anderem Berufe in der regenerativen Energie- und Umweltschutztechnik, aber auch Berufe in der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Berufe in der Dachdeckerei, sowie Schornsteinfeger*innen.

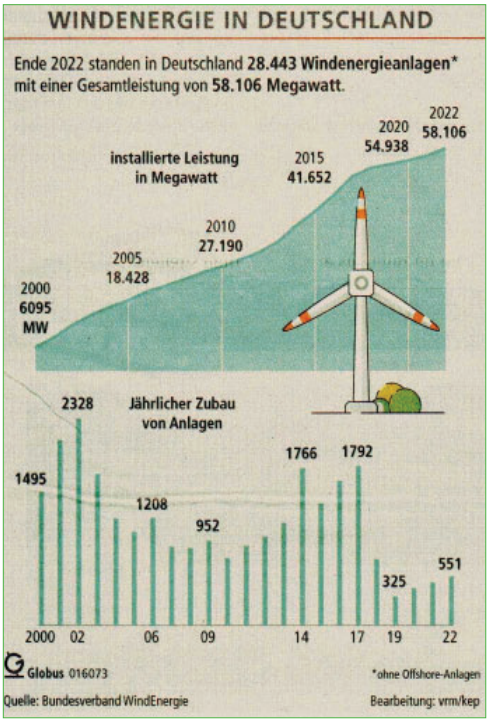
Trotz einer rückläufigen Zahl an Auszubildenden in den letzten zehn Jahren hat die Zahl der neu besetzten Ausbildungsstellen für Berufe mit umwelt- beziehungsweise klimafreundlichen Tätigkeiten zugenommen. Demgegenüber war die Zahl der neu besetzten Ausbildungsstellen in Berufen mit Brown Skills, also solchen mit potenziell umwelt- oder klimaschädlichen Tätigkeitsinhalten, im Jahr 2021 um rund 15 Prozent niedriger als noch 2013. Zu letzteren zählen beispielsweise Berufe in der Kunststoffherstellung sowie in der Baustoffherstellung.

„In Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung ist die Zahl der neu besetzten Ausbildungsstellen für Berufe mit Brown Skills besonders stark geschrumpft“, erklärt Andreas Mense, Mitarbeiter im Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“. „Bei den Berufen mit Green Skills war die Zunahme der Auszubildenden überdurchschnittlich hoch in Regionen, in denen 2013 relativ wenige Beschäftigte in Berufen mit potenziell umwelt- oder klimaschädlichen Tätigkeiten gearbeitet haben.“, so Mense weiter.

„Viele Berufe, die momentan noch umwelt- oder klimaschädliche Tätigkeiten beinhalten, werden auch in Zukunft gebraucht“, ordnet Markus Janser, Mitarbeiter im Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“, die Ergebnisse ein. Die positive Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Berufen mit Green Skills legt nahe, dass das „Greening” von Ausbildungsberufen auch deren Attraktivität erhöhen kann. Aus- und Weiterbildungsinhalte aller Berufe – insbesondere die von Berufen mit Brown Skills – sollten daher kontinuierlich angepasst werden, um Auszubildende auf ökologisch nachhaltigere Tätigkeiten vorzubereiten“, so Janser weiter.

Die Studie ist abrufbar unter: *https://doku.iab.de/kurzber/2023/kb2023-19.pdf*

PM des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 05.10.2023



„Kompetenzen der Fachlehrkräfte anerkennen und dienstliche Benachteiligungen beseitigen.“
Fachtagung der Berufsbildenden Schulen am 14.02.2024

Ort : DGB Haus Frankfurt
Zeit: 14. Februar 2024 - 9.30 - 16.00 Uhr

Die Ungleichbehandlung von Fachlehrkräften für arbeitstechnische Fächer (FL.at.F.) in Bezug auf Unterrichtsverpflichtung, Besoldung und Zukunftsperspektiven führt seit Langem zu berechtigtem Unmut. Bei den Demonstrationen „Zeit für mehr Zeit“ waren wir mit unserer Forderung nach einer Angleichung des Stundenumfangs für die FL.at.F. vertreten. In der Fachtagung wollen wir die begonnene Kampagne erweitern: Es geht um Bewährungsaufstieg, Arbeitszeit, Weiterqualifizierung und gerechte Vergütung.

Bei der Fachtagung werden wir unsere Forderungen schärfen und gemeinsam wirksame Aktionen und Formen der Öffentlichkeitsarbeit entwickeln.

Anmeldung: geschaeftsfuehrung@gew-hessen.de

BERUFS SCHUL CAMPUS UNSTRUT-HAINICH

33. BAG-Fachtagung

Berufliches Lehren in der Krise?

Verhindern Lernmanagementsysteme, Künstliche Intelligenz und Distance Learning einen produktiven Lehr-Lern-Prozess? – Lösungsansätze aus Ausbildungs- und Unterrichtspraxis sowie der Wissenschaft

Ort: Mühlhausen/Thüringen auf dem Berufsschulcampus Unstrut-Hainich
Zeit: 08./09. März 2024

Anmeldung: www.bag-elektrometall.de

Inklusion in der Arbeitswelt: „Hürden, die es nicht bräuchte“

Vom 20. bis 24. Februar 2024 findet die didacta unter dem Leitthema
„Bildung mit Zukunft – Jetzt gestalten!“
statt.